

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rüststraße 16 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgepaltenen Kolonzeile 1 Mark.
Geschäftsinserte finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **373500** Exemplaren
erscheint diese Ztg.

Die heffische Fabrikinspektion.

Nach den kürzlich erschienenen Jahresberichten der in fünf Aufsichtsbereiche gegliederten heffischen Fabrikinspektion waren ihrer Aufsicht aus der Metall- und Maschinenindustrie unterstellt:

	Metallindustrie	Maschinenindustrie
Betriebe	234	299
Arbeiter	7295	15411
Männliche	6531	15131
Weibliche	764	280
Erwachsende	6425	14312
Jugendliche	850	1095
Kinder	—	4

Da zusammen 5408 Betriebe mit 94448 Arbeitern der Fabrikinspektion unterstellt sind, so hat die Metall- und Maschinenindustrie mit zusammen 535 Betrieben und 22706 Arbeitern einen erheblichen Anteil an der gesamten Industrie Heffens. Wie die vorstehende übersichtliche Tabelle zeigt, handelt es sich bei der Arbeiterschaft der Metall- und Maschinenindustrie fast ausschließlich um männliche und gleichzeitig um erwachsene, das heißt über 16 Jahre alte Personen. In den Maschinenfabriken Darmstadt wurde die Zahl der jugendlichen Arbeiter ziemlich erhöht, ebenso in der Maschinenindustrie des Wormser Aufsichtsbereiches. Im Offenbacher Bezirk wurden zwei Fabrikanten mit 300 und 100 M. und zwei Werkführer mit je 20 M. gerichtlich bestraft. Darüber wird folgendes berichtet: „In einer Metallwarenfabrik (Süßlererei), in der insgesamt etwa 120 bis 130 Arbeiter tätig sind, wurde eine Anzahl Arbeiterinnen, darunter auch jugendliche, länger als die gesetzlich zulässige Zeit und auch nach 8 1/2 Uhr abends beschäftigt. Diese Übertretungen wurden der Gewerbeinspektion zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit gemeldet. Die abends nach 8 1/2 Uhr revidierende Gendarmerie traf nur eine Arbeiterin an. Die übrigen zu dieser Zeit vorchriftswidrig beschäftigten Arbeiterinnen wurden durch Angestellte der Fabrik beim Erscheinen der Gendarmerie gewarnt und mußten sich heimlich durch den Garten entfernen. Ein Verwandter der Fabrikinspektion hatte geholfen, die Mädchen wegzuschaffen und einige über einen Zaun zu heben, wobei zwei ins Wasser fielen. In der Voruntersuchung hielten die Mädchen mit ihren Aussagen zurück, doch deckte die Verhandlung die ganze Angelegenheit auf. Von sechs Angeklagten wurden vier, wie oben erwähnt, bestraft.“ Es war doch eine recht klägliche Rolle, die da die Fabrikanten spielten und die zugleich ihrem Sinne für Gesetz und Recht kein gutes Zeugnis ausstellte.

Im Mainzer Aufsichtsbereich wurden in einem Gasapparatewerk vier Kinder unter 14 Jahren über sechs Stunden täglich beschäftigt. Der Direktor dieser Aktiengesellschaft wurde mit 3 M. bestraft. Wenn das nicht wirkt!

In demselben Bezirk kam es gelegentlich einer Lohnbewegung in einer Metallwarenfabrik heraus, daß zwei Arbeiterinnen wiederholt über elf Stunden beschäftigt worden waren. Die beiden Fabrikanten wurden deswegen mit je 10 M. bestraft.

Mit einer sehr zutreffenden und sachverständigen Begründung wurde im Wiesener Aufsichtsbereich ein Gesuch auf Überstundenbewilligung abgelehnt. In der Fabrik streikte ein Teil der Arbeiterinnen, während die anderen als Streikbrecherinnen weiterarbeiteten. Dabei drängte aber die Arbeit und es sollte deshalb von den Streikbrecherinnen mit Überstunden gearbeitet werden, wodurch gleichzeitig natürlich auch die Wirkungen des Streiks paralytisch worden wären. Die zuständige Behörde lehnte das Gesuch ab, weil nach den Motiven die Genehmigung der Überarbeit auch dann zu verweigern sei, wenn nur die eigenen Interessen des Fabrikbesizers, nicht auch öffentliche oder andere erhebliche Privatinteressen in Frage kommen.“ In vorliegendem Falle handelte es sich aber nur darum, bemerkt der Bericht, daß die Arbeit bewilligt werden konnte, die sich infolge des Streiks eines Teiles der Arbeiterinnen angehäuften hatte, es kam also nur das eigene Interesse der Fabrik in Frage, das über den Schutz des § 138 a der Gewerbeordnung nicht findet. Würde die Behörde das Überstundenengesuch bewilligt haben, so würde sie damit in dem bestanden offenen Lohnkampf zugunsten des Unternehmers Partei ergreifen und die Aktion der Arbeiter vereiteln haben. Es sollte daher in diesem Sinne die ganze Überstundenpraxis von den Behörden gehandhabt werden.

Wegen geschwinderer Sonntagsarbeit, wobei es sich um 20 Arbeiter handelte, ist im Darmstädter Bezirk der Inhaber einer Kupferwarenfabrik mit 10 M. gebüßt worden.

Von Bedeutung sind die Mitteilungen der Berichte über die Fortschritte auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung. Allgemein führt dazu der Darmstädter Fabrikinspektor aus, daß die Unternehmer nicht mehr wie früher den begünstigten Forderungen abgeneigt sind und den Wünschen der Arbeiter auf friedlichem Wege Rechnung tragen. In einigen Fällen gehen Arbeitgeber ohne Anstoß der Arbeiter zu kürzeren Arbeitszeiten über und berechnen hierbei nicht nur den Vorteil, der ihnen aus dem Winderaufwand an Betriebsmitteln erwächst, sondern sie geben auch der Überlegung Raum, daß die Arbeitsleistung eines Arbeiters desto geringer wird, je mehr an vorhergegangenen Tagen von seiner Arbeitskraft verlangt worden war. Es sind Arbeitgeber angetroffen worden, die unter allen Umständen Überzeitarbeit in ihren Betrieben vermeiden und zur Erreichung dieses Zieles auf die höchste Ordnung innerhalb des Betriebs achten, namentlich aber Pausen bei der Übertragung der einzelnen Arbeiten vermeiden und von allen technischen Hilfsmitteln den ausgiebigsten Gebrauch machen. In drei großen und zum Teil auch in den kleineren

Anlagen der Schwereisenindustrie sind fast durchweg Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen worden. So hat die größte Fabrik mit über 1600 Arbeitern die Arbeitszeit von 60 auf 58 1/2 Stunden wöchentlich verkürzt.“ Diese anderthalb Stunden sind zwar nicht viel, aber immerhin eine Etappe zu weiteren Verkürzungen.

Im Offenbacher Bezirk ist in einer Metallkapsel-Fabrik die tägliche Arbeitszeit von 11 auf 9, in einer Wagenfabrik von 10 auf 9 und in 20 Metallwarenfabriken von 10 auf 9 Stunden reduziert worden. Zwei Maschinenfabriken haben den freien Samstagmittag eingeführt, so daß es mit einer Schrauben- und Fassonreherei drei Fabriken sind, die mittags 12 1/2 und um 1 Uhr frei geben. Im Offenbacher Bezirk haben 43 Betriebe eine mehr als zehn- bis zwölfstündige Arbeitszeit, 101 die zehnstündige und 269 eine weniger als zehnstündige bis zur 7 1/2stündigen Arbeitszeit in einer Bleiweißfabrik. Im Offenbacher Bezirk haben die Maschinenfabriken die acht, die übrigen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit, vier lithographische Anstalten haben die 8 1/2, eine die achtstündige Arbeitszeit.

Im Wiesener Bezirk arbeiten in 19 Betrieben 619 Arbeiter 11 Stunden, in 9 Betrieben 192 Arbeiter 10 1/2, in 127 Betrieben 6310 Arbeiter 10, in 9 Betrieben 423 Arbeiter 9 1/2, in 30 Betrieben 1692 Arbeiter 9 und in einem Betrieb 70 Arbeiter 8 Stunden 25 Minuten täglich.

Im Mainzer Bezirk besteht für 81 Prozent der Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von zehn und weniger Stunden, im Winter sogar für 91 Prozent, weil da die Ziegler mit ihrer längeren Arbeitszeit außer Betracht bleiben.

Im Wormser Kreise war im Berichtsjahr das wichtigste Ereignis die Einführung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit in den Heffischen Lebernwerken für 3800 Arbeiter, die am 1. Oktober 1906 erfolgte. Dieser Widerstand der Arbeiter gegen die Einführung der 8 1/2stündigen Arbeitszeit ist nicht überraschend, aber um so lehrreicher. Der national-liberale „Sozialpolitiker“ Freiherr Gepl v. Herrnsheim ist bekanntlich ein Industriekönig à la Stumm, und er duldet daher in seinem Königreich keine freien Arbeiterorganisationen. Den bevormundeten und unterdrückten Arbeitern fehlt demnach die soziale Schulung, Ideal und Ziel, die moralische Selbständigkeit und Selbstbestimmung und sie lehnen in ihrer Rückständigkeit etwas ab, wofür die organisierten und klassenbewußten Arbeiter die hartnäckigsten Kämpfe führen. Als Geschenk, das mühelos in den Schoß gefallen, hat die 8 1/2stündige Arbeitszeit selbstverständlich für die Arbeiter auch nicht den großen Wert, wie als durch eigene Kraft errungener Erfolg.

Der Leberkönig Gepl spielt bekanntlich den sogenannten „aufgeklärten Despoten“ in seinem Königreich und so führt er freiwillig die kürzere Arbeitszeit ein, um seinen Arbeitern sagen zu können, daß sie ohne Organisation weiter kommen als viele andere Arbeiter mit Organisation, daß er ihnen schon aus eigener Initiative immer geben werde, was möglich ist und daß sie daher auch in alle Ewigkeit keine Organisation brauchen und die geleihammelten Untertanen des Königreichs Gepl bleiben können.

Bemerkenswert ist die Ausführung des Wormser Aufsichtsbeamten, daß er manchmal schöne Arbeiterhäuschen und Gärten vorfindet, „die von der Fürsorge des Arbeitgebers das beste Zeugnis ablegt“, dagegen Arbeitszeiten von 14 und 15 Stunden, sogar mit verkürzten Pausen haben! „... Manche Unternehmer trauen sich nicht, die übliche lange Arbeitszeit zu verkürzen, weil sie fürchten, daß ihre Arbeiter in einer kürzeren Arbeitszeit auch weniger leisten würden. Hierbei wird aber nicht berücksichtigt, daß während des Tages durch die üblichen langen Arbeitspausen, durch unpünktliches Ankommen, durch Nachlassen der Kräfte so manche wertvolle Minute verdröhelt wird, während durch kürzere Arbeitszeit der Mensch sich dauernd seine Arbeitsfreudigkeit und Spannkraft bewahren kann, die eine gesteigerte Arbeitsleistung zur Folge hat. Vielfach begegnen wir auch der Ansicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit ein Nachteil für die Arbeiter wäre, da sie ihre freie Zeit nur in Wirtschaften verbrächten. Es mag zugegeben werden, daß es manche Arbeiter gibt, die ihre freie Zeit nicht nützlich anwenden. Ist aber diese Unfähigkeit, die freie Zeit nutzbringend zu verwerten, oft nicht eine Folge allzuweit gediehener dauernder Überanstrengung und ist eine übermäßig ausgedehnte Arbeitszeit ein Vorbeugungsmittel gegen Ausschweifung? Schließlich wollen wir es nicht unterlassen, noch auf folgende Vorteile für die Unternehmer hinzuweisen. Die Verkürzung der Arbeitszeit bedingt im allgemeinen eine bessere Ausnutzung der Maschinen und Geräte, da die Perioden des Leerlaufens kürzer werden oder zum Teil in Wegfall kommen. Die Ausgaben für Beleuchtung der Arbeitszeit werden erheblich geringer und können unter Umständen ganz in Wegfall kommen. Die Fabriksziplin ist bei frischen Arbeitern besser durchzuführen als bei ermüdeten, auch die Leistungsfähigkeit der Betriebsbeamten wird gesteigert.“

Diese trefflichen Worte sollten unter Rahmen in jedem Fabrikbureau an der Wand hängen.

Von den im Berichtsjahr vorgekommenen Lohn- und Streikbewegungen, an denen die Metallarbeiter einen erheblichen Anteil hatten, wird eine sehr umfangreiche Darstellung gegeben, die sich jedoch auf die Tatsachen beschränkt und in Ermangelung selbständiger Betrachtungen der Fabrikinspektoren nichts neues bietet. Eine ganze Anzahl Tarifverträge aus verschiedenen Gewerben und Industrien werden im Wortlaut mitgeteilt.

Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in sehr gedrängter Kürze behandelt. Der Wiesener Aufsichtsbeamte gibt eine vergleichende statistische Übersicht über den Stand der freien Gewerkschaften von 1905 und 1906, wonach die Zahl der darin organisierten Metallarbeiter von 280 auf 581 gestiegen ist, sich also mehr als verdoppelt hat. In den übrigen Bezirken sind wohl ähnliche Fortschritte gemacht worden, wozu auch die Ausprägungen beigetragen haben.

Christliche Neutralität.

Bs. Bekanntlich sind die christlichen Gewerkschaften politisch und religiös „neutral“. So sagen sie wenigstens. In Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. So finden seit der letzten Reichstagswahl regelmäßige Konferenzen in Essen statt, wozu die Mitglieder der evangelischen Arbeitervereine und die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften eingeladen werden. Es sind politische Veranstaltungen, bei denen politische und sozialpolitische Dinge im Stöckerischen Sinne behandelt werden. Auf ultramontaner Seite ist das Unternehmen zwar noch nicht nachgeahmt worden, aber man weiß, daß den katholischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften zur Pflicht gemacht wird, den katholischen Arbeitervereinen beizutreten, der Zusammenhang zwischen den beiden Organisationen: den christlichen Gewerkschaften und den ultramontanen Arbeitervereinen, in denen stramm Zentrumspolitik getrieben wird, ist also auch hier gegeben. Im übrigen ist der Schein gewahrt: die christlichen Gewerkschaften sind „als solche“ unpolitisch, dafür sind sie aber durch die Arbeitervereine sorglich unter die Fuchel der politischen Parteien gebracht: zum Teil des Zentrums, zum kleineren Teil des Stöckerischen Mischmasches.

Eine Probe ihrer politischen „Neutralität“ haben die christlichen Gewerkschaften jüngst im Saarrevier abgelegt. Dort war bei den letzten Reichstagswahlen die Sache für sie insofern einigermaßen unbequem, als sich in den beiden Wahlkreisen Saarbrücken und St. Wendel-Dittweiler Nationalliberale und Ultramontane gegenüberstanden. Die „nationalen“ Kandidaten, Justizrat Holz und General Schubert, gingen den evangelischen Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften eifrig um den Bart, versicherten, daß sie aufrichtige Freunde des Koalitionsrechtes der Arbeiter seien und namentlich den christlichen Arbeiterorganisationen alles Gute wünschten. Die christlichen Gewerkschaftsleute „nationaler“ Gesinnung ließen sich kapern, verhalfen den Herren Holz und Schubert zum Siege und jetzt haben sie den Salat: im Wahlkreis Saarbrücken wurden sie von dem national-liberalen Unternehmern, das sich vor der Wahl als ihre Freunde und Gönner aufspielte, in einer Weise brangaliert und schikaniert, wie nie zuvor. Und jetzt geht das Jammer los. In einem der bürgerlichen Presse übergebenen Artikel stellen die „nationalen“ Arbeiterwähler des Saargebietes dar, was die nationalliberalen Unternehmer den christlichen Arbeitern alles versprochen und was letztere nach der Wahl alles zu leiden haben: die christlichen Gewerkschaften im Wahlkreis Saarbrücken werden systematisch bekämpft, christliche Arbeiter — und zwar selbst solche, die bei der Wahl am eifrigsten für den nationalen Kandidaten agitiert haben — werden gemäßigert, Gewerkschaftsmitglieder durch Drohungen oder Geldspenden veranlaßt, aus der Organisation auszutreten und was dergleichen scharfmacherische Leistungen mehr sind. Um diese Vergewaltigungen abzuwehren, ist von den evangelischen Zahlstellenvorstandsmitgliedern der christlichen Gewerkschaften, den Knappschaftsältesten und Ausschubsmännern des Saarreviers und führenden Mitgliedern des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes unter Führung des Sekretärs Schneider vom Gewerksverein christlicher Bergleute eine Aktion eingeleitet worden. Es sollen drei Vertreter zum nächsten Parteitag der Nationalliberalen geschickt werden mit dem Auftrag, dort den Ausschluß derjenigen Parteimitglieder zu beantragen, die die gelben Gewerkschaften unterstützen und das Koalitionsrecht der Arbeiter mißachten.

Da haben wir wieder eine Probe christlicher Neutralität. Unter Führung eines christlichen Gewerkschaftssekretärs tun sich christliche Gewerkschaftsmitglieder mit anderen „nationalen“ Arbeiterwählern zu einer parteipolitischen Aktion zusammen. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis ist in diesem Falle so offensichtlich, daß die kölnische Volkszeitung sich genötigt sieht, gegen die Aktion Einspruch zu erheben. Dem Blatte will die Justifizierung dieser Aktion „nicht allzu geschickt“ erscheinen und es fragt: was haben die evangelischen Zahlstellenvorstände der christlichen Gewerkschaften mit einer Aktion innerhalb der nationalliberalen Partei zu tun? Freilich, die Aktion der „nationalen“ Arbeiterwähler im Saargebiet ist „nicht allzu geschickt“; die Ultramontanen hätten, um daselbe zu erreichen, die Sache schlauer angefangen. Die Herren Giesberts, Schiffer und Genossen lassen, wenn sie parteipolitisch tätig sind, ihren Gewerkschaftscharakter zu Hause; sie sind als Gewerkschaftler bekannt genug, um der besonderen Qualifizierung als solche nicht zu bedürfen und so werden sie die politische „Neutralität“ ihrer Organisationen. Der Rat der kölnischen Volkszeitung geht denn auch dahin, daß der Vorstoß im Saargebiet den „nationalliberalen“ Wählern aus dem Arbeiterstand hätte überlassen bleiben müssen; christliche Gewerkschaftler „in organisationsamtlicher Eigenschaft“ hätten nicht daran teilnehmen dürfen — mit anderen Worten: die Aktion hätte ruhig stattfinden können, mit demselben Programm und denselben Personen, nur durften sich letztere nicht in „organisationsamtlicher Eigenschaft“, das heißt mit Benennung ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit dabei zeigen.

Man sieht, die christliche Neutralität kommt auf nichts anderes als eine Jesuiterei hinaus. Es ist eben nichts mit der politischen „Neutralität“ der Gewerkschaften; sie ist ein Lindt, wenn sie so verstanden werden soll, daß die Gewerkschaften sich nicht um Politik kümmern und nicht mit politischen Parteien zur Förderung der beiderseitigen Interessen in Beziehung treten sollen. Wir nehmen den christlichen Gewerkschaften deshalb auch nicht übel, daß sie sich politisch betätigen, sondern daß sie so unehrlich sind, diese politische Betätigung zu leugnen und so unvernünftig, die Vertretung ihrer politischen Interessen bei Parteien zu suchen, die ihrem Wesen, ihrem Programm und ihrer Führung nach der Sache der Arbeiter nicht gerecht werden können. Gerade jetzt läge uns daran, daß die christlichen Gewerkschaften sich möglichst eifrig und entschieden einer politischen Frage widmeten, die für die Allgemeinheit und die Arbeiterchaft insbesondere von größter Bedeutung ist: der preussischen Wahlrechtsfrage. Die christlichen Gewerkschaften könnten hier, wenn sie offen

und ehrlich auf den Plan treten, der Sache des Volkes und des Rechtes einen unerschütterlichen Dienst erweisen, und je entschiedener sie hier aus der politischen „Neutralität“ herausströmen, desto mehr könnten sie auf den Dank der deutschen Arbeiterklasse rechnen.

Das Schicksal der preussischen Wahlreform ist wesentlich abhängig von dem Verhalten des Zentrums. Diese Partei hat großen Einfluß bei der Masse und verfügt über die nötigen Mittel und Kräfte, diese Masse mobil zu machen und im Verein mit der Sozialdemokratie eine Volksbewegung zu entfalten, der gegenüber Regierung und Parlament zum Nachgeben gezwungen sind. Nun zeigt sich das Zentrum — infolge der reaktionären Gesinnung seiner maßgebenden Kreise — durchaus abgeneigt, in eine umfassende und durchgreifende Wahlrechtsbewegung einzutreten; es wird sich aber von dem Augenblick an dazu verstehen müssen, wo sein Arbeitererfolge, wo namentlich die christlichen Gewerkschaften von unten auf mobil machen und den entscheidenden Willen bekunden, vom Zentrum eine entschiedene Stellungnahme nicht nur, sondern eine entschiedene Bewegung zugunsten des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechtes, ein entschiedenes Vorwärtstreiben in dieser Richtung zu sehen. Das Zentrum legt, wegen der Mandate im industriellen Westen der Monarchie, großen Wert auf die Gunst seiner proletarischen Anhänger; die christlichen Gewerkschaften haben es in der Hand, die Gunst, in der sie beim Zentrum stehen, auszunutzen im Interesse einer Sache, die für die freiheitliche Entwicklung in Preußen und darüber hinaus im Reiche von grundlegender Bedeutung ist, namentlich auch in bezug auf das Wohl und die Rechte der Arbeiterklasse.

Die christlichen Gewerkschaften haben hier Gelegenheit zu zeigen, ob sie fähig und gewillt sind, der Größe der Zeit gerecht zu werden oder ob sie, wie ehemals bei der Zollfrage, so jetzt in der Wahlrechtsfrage, das Zentrum aus angeblicher „Neutralität“ befrachten werden, das Volk wieder einmal zu verraten.

Aus Amerika.

The Iron City. Von Chagrin.

Pennsylvanien, Anfang August 1907.

Selbst mischt die Natur ihre Gaben. Unglaublich hoch hat sie sie auf dem Fleckchen Erde gehäuft, das die Stadt Pittsburg zum Zentrum hat. Auf engem Raume birgt sie Erze und Kohlen, Gas und Petroleum, kurz so ziemlich alle die Dinge, die das Zeitalter des Eisens erfordert. Daneben noch Kommunikationsmittel in Gestalt von schiffbaren Flüssen, wie sie kaum ein zweites Mal zu finden sind. In der Nähe der Stelle, wo sich der Alleghanyfluß und der Monongahelafluß zum Ohiofluß vereinigen, stehen die riesigen Eisen- und Stahlwerke, die größten der ganzen Welt. In ihnen werden die Rohprodukte verarbeitet, die ihnen die Flüsse aus den Tälern und Höhen der nächsten Umgebung zuführen. In den schmalen Ästen der Flüsse liegen langgestreckte Fabrikanlagen, Minen an Eisenhütten, Koksereien an Stahlwerken. Diese verschlucken jährlich, jährlich Millionen von Tonnen Kohlen und freien Millionen von Tonnen Stahl- und Eisenprodukten an. Aber dem ganzen Meereslager bleibt die Weltmühle der Großindustrie: Rauch und Schwanz. Dies vor allem im Zentrum in Pittsburg.

Diese Stadt wird noch Iron City und auch Smoky City genannt. Beides mit gleich vollkommener Berechtigung. Die Wichtigkeit des letzteren Objektes wertet man schon in weitem Umkreis im Eisenbahnbau. Die Ausprägung des Stadtnamens allein schon treibt einem die geistlichen Flüsse und den Haß im Halse empor. Tag und Nacht lagert über dem ganzen Raum eine Rauchwolke, die jeden Ausblick völlig verhindert. Wälder mit in seinem letzten Stadien über Kohlenfelder die Bestätigung der unmittelbaren Höhen, von die Stadt und die industriellen Anlagen unter Perspektive nehmen zu können. Das hat wohl Wälder selbst nicht getan. Denn sonst würde er auch gefunden haben, daß man sich da oben befindet wie vor Sonnenanfang über einem Kolkmeer in den schweizerischen Alpen, um noch viel geringer Augenmaße. Der Dampf ist eben unüberwindlich. Vielleicht daß man hier und da die dünne Säule des Abdampfes eines Kolkenträgers sieht. Das ist so ziemlich alles, was einem die Befolgung des Wälderischen Stillschlags bringt.

Abgesehen von Washington stehen alle bis jetzt von uns gesehenen Städte Amerikas, besonders die Industriestädte, von Eisen und Stahl. Darin ist Amerika ohne Konkurrenz. Washington mit seinen breiten Avenuen, glatten Straßen, grünen Parks und schönen Denkmälern macht einen angenehmen Eindruck inmitten dieser städtischen Wälder. Das in der Hauptstadt lebenden vierzigtausend Beamten wird das Leben schon angenehmer gemacht, als bei Arbeitern des städtischen New York, wo die Straßen permanent einem Abdruck für Schmutz und Schmutz gleichen. Dort

* Iron City = Eisenstadt, Smoky City = Rauchige Stadt.

verläßt man sich bei der Beschaffung des Urerts und des Schnees auf die unentgeltliche Hilfe des Himmels, des Regens und des Windes. Geld wird zwar für Straßenreinigung mehr als genügend verausgabt. Das wird schnell eingesackt, leider aber nicht der Schmutz.

In Pittsburg steht es zwar mit der Reinlichkeit der Stadt nicht ganz so schlimm als in New York. Dafür ist die Smoky City in ihrer Bebauung mehr der Typus einer amerikanischen Stadt, bei deren Anblick einem überall die „Jagd“ nach dem Dollar offenbar wird. Neben modernen Geschäftshäusern und übermodernen Wolkenkrähern stehen Bretterbuden, zerfallene oder verlassene oder auch bewohnte Baracken in erbärmlichem Zustand. Alles aber ist mit einer dicken Schicht Naturfarbe des Rauches überzogen, den die unzähligen Fabrikrohre gratis im Überfluß verschenden. Freilich gibt es auch einen Rauchinspektor, das ist ein Beamter, der auf die mögliche Beseitigung der schweren Kalamitäten zu dringen hat. Aber einen Beamten, der in Amerika gegen eine Vereinigung, wie es der Stahltrust ist, für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften über öffentliche Hygiene vorgehen würde, gibt es nicht. So etwas wäre ganz — unamerikanisch.

Die Berechtigung der Bezeichnung Iron City lehrt ein Blick auf die Statistik der Eisen- und Stahlproduktion. In Pennsylvanien, das ist in der Hauptsache der relativ kleine Landkreis um Pittsburg, wurden 1904 rund 7 1/2 Millionen Tonnen Roheisen (pig iron = Majfen) und 6 1/2 Millionen Tonnen Walzeisen und Stahl erzeugt, ohne das Kleineisenzeug. Das ist von der gesamten Eisenproduktion Amerikas fast die Hälfte, von der Deutschlands fast drei Viertel.

Table with 4 columns: Land, Roheisen, Walzeisen und Stahl, Total. America: 16760956, 13746051, 30507037. Davon allein in Pennsylvanien: 7644321, 6461651, 14106002. Deutschland: 10103941, 8930855, 19034796.

Somit partizipiert Pennsylvanien an der amerikanischen Eisenproduktion mit 46,3 Prozent und bleibt nur um 28 Prozent hinter der deutschen zurück.

Die Eisenindustrie Pennsylvaniens ist alt, alt in amerikanischem Sinne. Schon 1790 wurde im Youghioghenytal Erz entdeckt und ein Schmelzofen gebaut. Das Jahr 1805 sah fünf Eisen- und sechs Schmiedeeisen-Fabrikbetriebe. Drei Jahre nachher wurde ein Stahlhüttenwerk in Fayettebezirk. Drei Jahre nachher wurde ein Stahlhüttenwerk in Fayettebezirk. Drei Jahre nachher wurde ein Stahlhüttenwerk in Fayettebezirk. Drei Jahre nachher wurde ein Stahlhüttenwerk in Fayettebezirk.

Im Jahre von Swant: Iron in all ages heißt man, daß die pennsylvanische Legislatur (1810) dem W. Humphreys 300 Pfund ließ auf fünf Jahre, um „Eisenerze und Stahl zu machen, so gut wie in England“. Von der 917 Tonnen betragenden Stahlproduktion der Vereinigten Staaten betrug der Teil Pennsylvaniens 531 Tonnen, die in den nächsten vierzig Jahren auf 6000 Tonnen stiegen. Aber den gewaltigen Umschwung brachte auch hier erst die Anwendung der genialen Erfindung Bessmers. Dadurch konnte ordinärer Stahl, der bis dahin auf 6 bis 7 Cent das Pfund kam, für zehnte einen Cent abgesetzt werden. Dann kam noch das Siemens-Martinverfahren dazu. Dieses, ursprünglich wenig verbreitet und von Mißerfolg begleitet, wurde 1888 von der Carnegie-Stahl-Fabrikation erfolgreich in ausgedehntem Maße angewandt.

Das pennsylvanische Erz allein ist ungenügend (1904: 397 107 Tonnen) für diese Masse von Eisen und auch nicht immer tauglich. Das Erz wird daher aus den Lagern der oberen Seeregion hergeschafft. Neben dieser gewaltigen Eisenerzeugung hat Pittsburgs Umgebung auch noch ergiebige Kohlenlager. Dieses Städtchen Erde birgt wohl mehr von dem schwarzen Diamant in seinem Schoße, als irgend ein anderes auf dem ganzen Erdball. Südlich von der Stadt wird Kokssteine gefördert. Die Kohlenader ist sieben bis neun Fuß tief und erstreckt sich auf 200 Quadratmeilen. Sie ist der Förderung so günstig, daß Tausende von Tonnen für 84 Cent (340 Mt. à Tonne) frei Station geliefert wurden. Die Entwicklung dieses Industriezweigs war so rapid, daß heute noch Leute leben, die den ersten Kokssteinen bauen sahen.

Direkt östlich von der Smoky City liegen die Gassteinkohlenfelder. Hier sind die Erden fünf bis sechs Fuß tief und konnten so leicht abgebaut werden, daß den Eisenbahnen die Tonne mit der Beförderung auf die Lokomotive auf jetzt 72 Cent (290 Mt.) zu stehen kam.

Pennsylvanien förderte 1904 75 156 709 Tonnen Kokssteine (Anthracit) und 57 952 267 Tonnen Gassteine (Bituminous). Das ist fast die Hälfte der gesamten Kohlenförderung Amerikas. Den Anthracit liefert dieses Meeres fast allein. Denn Colorado und New Mexiko verzeichnen fast mit ihren rund 80 000 Tonnen neben den gewaltigen Jähren Pennsylvaniens.

* Industrial History of the United States, p. 184. * Carnegie: The Empire of Business, p. 22 bis 23.

Bei der Förderung der Kokssteine waren in diesem Meeres 1904 155 861 Arbeiter tätig; bei der der Gassteine 135 125. 217 Städtchen mit 42 165 Esen reduzierten in dem Jahre 22 432 064 Tonnen zu 14 861 084 Tonnen Koks. Diese 42 000 Esen allein schon würden zur Schaffung einer Smoky City vollaus genügen.

Die Kohlenförderung betrug nach The Statemans Year-Book, London 1906, und The World Almanac, New York 1907, im Jahre 1906 in Tonnen:

Table with 6 columns: Staat, Bituminous, Wert der Tonne, Anthracit, Wert der Tonne, Total, Wert ab Mine, die Tonne (Eisen) enthält. Ganz Amerika: 310040644, 1,14, 78751525, 2,84, 532800232, 1,87. Pennsylvanien allein: 119361514, 1,07, 78647020, 2,27, 315063630, 1,67.

Nicht ganz so wichtig wie Eisen und Kohle, aber immerhin wichtig genug für die Industrie, sind die anderen Gaben der Natur: das Petroleum und das Naturgas. Die Region liegt nördlich von Pittsburg. Carnegie kaufte 1863 die Quelle für 30 000 Dollar. Die folgenden 22 Jahre erhöhten ihren Wert auf 4 870 000 Dollar und sie warf 1885 eine Dividende von 975 000 Dollar ab. Das sind über vier Millionen Mark. Die Petroleumabenteurer betrug 1904 annähernd 175 000 Hektoliter, die einen Wert von 18 1/2 Millionen Dollar darstellten. Das sind 77 1/2 Millionen Mark.

Das Zentrum des Naturgasdistriktes ist Murrysville, nordöstlich von Pittsburg. Naturgas zeigte sich schon vor vielen Jahrzehnten durch Zufälle an, die durch die Gewässer emporstiegen. Seine Bedeutung und sein Wert konnte erst später erkannt werden. 1870 wurde bei dem genannten Dorfe bis auf 900 Fuß nach N. gebohrt, jedoch ohne Erfolg. Sieben Jahre später wurde das Glück von neuem versucht. Als der Bohrer eine Tiefe von 1320 Fuß erreicht hatte, schloßerte eine gewaltige Explosion Bohrer und Turm in die Höhe: das im Mutterchoß der Erde gefangene Gas hatte einen Ausweg gefunden. Fünf lange Jahre sauste das Gas in die Luft, ehe sich Kapitalisten sicher genug fühlten, das die 200 000 Dollar für Rohleitung nicht unrentabel sein könnten. Jetzt liegen mehr als 12 000 Meilen Röhren, in denen das Gas in die industriellen Werke und in die Häuser geleitet wird. Eine Rohleitung von den Quellen bis nach Pittsburg kostete 1885 135 000 Dollar. Jetzt liegen der Leitungen gar viele, teilweise in der Erde, teilweise im Bette der Flüsse. Das in diesen Rohleitungen investierte Kapital rentiert sich ausgezeichnet für die Unternehmer. Die größte Quelle gab 1885 dreißig Millionen Kubfuß täglich. Und unauffällig strömen in ungeheurer Menge die Gasmassen aus dem Erdinneren. Durch die 12 000 Meilen Röhren wurde 1904 Gas im Werte von 17 205 304 Dollar geleitet. Das ist die Kleinigkeit von 72 Millionen Mark. Das Naturgas brennt ziemlich geruchlos. Es findet in der Industrie vielfache Anwendung. In den Privathäusern wird es zur Beleuchtung und Heizung fast überall gebraucht. So sieht man inmitten des Kohlenbezirkes fast keine Kohlenwagen.

Wer nun aber meinen sollte, daß die gewaltigen Schätze der Mutter aller Menschen, der Erde, auch für alle Menschen zum Vorteil seien, der befindet sich in einem schweren Irrtum. Sie kommen nur einer winzigen Minderheit zugute, die daraus Goldmassen münzt, wie es sie zu keiner Zeit und nirgendwo gegeben hat und gibt. Die Unternehmerrgesellschaften führen allerdings diverse Namen. Aber das ist nur Schein. Alle die Naturschätze gehören dem Trutz, das sind in den meisten Fällen nur ein paar Personen. Die Kohlen gehören zum weitaus besten Teile dem Eisenbahntrust, die Eisenwerke dem Carnegie-Stahltrust, die Quellen dem Oktrust. Der Eisenbahnkönig heißt Harriman, der Stahlkönig Carnegie, der Ölfeldkönig Rockefeller. Sie sind unter sich wieder liiert und distieren dem ganzen Volke die Preise, das heißt besorgen die Ausbeutung der Arbeiter und der Konsumenten in einem Maße, wie sie nur in Amerika möglich ist.

Aber was geschieht nun mit diesem Milliardenvermögen? Nun, es wird zum Teil zur Ausbreitung der Reputation von „Philanthropen“ verwandt. Rockefeller spendete vor Monaten 52 Millionen Dollar für (höhere) Unterrichtsanstalten. Gleich nachher wurde aber der Ölpreis gehörig erhöht. Carnegie stiftet in der ganzen Welt unter gewissen Bedingungen Bibliotheken, die auf seinen Namen getauft sein müssen. Besonders hier in Pittsburg stößt man bei jedem Schritte auf Carnegie-Bibliotheken, Carnegie-Museen, Carnegie-Institute und dergleichen. Und als „praktischer Philanthrop“ hat er auch ein Buch** herausgegeben, in dem er auf vorzügliche Art jungen Leuten väterlichen Unterricht erteilt, wie sie es anstellen müssen, um in ihren Erfolgen bis zum Milliarden zu kommen. Doch über diese Art von Philanthropie — Skruppische im Superlativ — ein anderes Mal.

* Ertrag der Quellen 1904: 11 300 782 Barrels (à 42 Gallonen), bewertet auf 1850 703 Dollar. * Carnegie: Empire of Business.

Technische Rundschau.

Glühbirnen — Zylinderlampen — Lichterzeugung bei Unterdruck — Konturen zwischen Gas und Wasserstoff — Neue Ventilatorlampen — Petroleumlampen — Neue Gas-Regulatorlampen — Holzleuchte bei Lichterzeugung — Neue Versuch zur Lichterzeugung von Erde und Holz — Rundstrahlende und Gegenstrahlende Lichterzeugung für Lichterzeugung.

Bei dem zunehmenden Güterverkehr der Eisenbahnen macht sich das Bedürfnis für eine rasche Beförderung der Güterzüge geltend, wobei es notwendig wird, auch für diese Güter eine beschleunigte Bewegung einzuführen, wie bei den Schnell- und Postzügen. Hier ist jedoch die Lösung der Aufgabe eine viel schwierigere, weil Güter von großer Länge in Betracht kommen. Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, bei Hauptbahnen mit durchgehenden internationalen Güterverkehr ein einheitliches System zu finden. Versuche mit durchgehenden Güterzügen verschiedener Systeme haben in mehreren Ländern bereits nachgezeigt. Diese Güterzüge haben aber nicht befriedigt. In letzter Zeit hat die österreichische Staatsbahn mit automatischer Betraum-Güterzugbreitene Versuche angestellt mit einem Güterzug aus 70 Waggons mit 20 Tonnens Lastfähigkeit und fünf als Beobachtungswagen benutzten Personenwagen. Um die Betriebsart der Breiten als gute Regenerationsart für Hauptbahnen länger und länger Versuchen nachzugehen, hat diese Eisenbahnverwaltung den gleichen Versuchung am 1. März auf der Strecke Linz-Wien mit etwa 30 Prozent Steigung zu Versuchsversuchen begonnen. Der Versuchung bestand hier aus einer 1/2 getriebenen Lokomotive (Bauer-Gebäude) und den erwähnten 70 Waggons. Von den 150 Waggons waren 58 beladen, 28 unbeladen. Das Zuggewicht mit Lokomotive und Tender betrug 1200 Tonnen, die Länge des Zuges 797 Meter. Der Versuchung wurde der Zug in vier Abschnitten getrennt werden. In Begleitwagen führte man sich die Lokomotive, die die im Zuge verbleibenden Beobachtungswagen je ein Telephon, der Schloßwagen einen Selbstschaltapparat, einen Breitenregulator, drei Lokomotoren und einen Schloßapparat für die Regulierung der Breitenregulierung. Die Versuche erstreckten sich auf Regulator, Breiten- und Selbstschaltapparat bei verschiedenen Geschwindigkeiten. Die Versuche erstreckten sich dabei auf verschiedene Versuche mit 1/2 getriebenen Lokomotoren. Bei dem 797 Meter langen Zuge gab sich das Selbstschaltgerät bei jedem Waggons schon im Schloßwagen nach Befolgung der Breiten bei den Lokomotoren.

Nicht, was der großen Fortschrittsbeschleunigung der Breiten, sondern die 264 Meterstunden entspricht. Diese Versuche mit der neuen Beobachtungswagen am 1. März sind sicherlich sehr wertvoll für die Entwicklung dieser Breiten. Es ist zu hoffen, daß sie die noch offene Frage ihrer allgemeinen Einführung mächtig fördern werden, wenn auch die Gefahr aus darüber, ob Zylinder- oder Zylinderlampen, noch nicht getroffen werden kann.

Bekanntlich leidet Eisen und Stahl an Rosten und Wänden beim Schmelzen oder Schmelzen sowohl im Hütten als auch bezüglich der Metallurgen und Schmelzen. Es ist daher ratsam, die Eisen, wenn möglich, während des Schmelzens vorher abzuwaschen. Diese Maßnahme wird erfolgreich bei Anwendung der von der Firma Nachler & Kage, Niederwiesenthal a. S., konstruierten Zylinderlampen. Eine zweifelhafte, häufige Maßnahme regt mit ihrem oberen Teile in die Hohlraum des Hüttenhutes hinein und wird durch eine Längsbohrung, die lediglich Strahl und Schelle fest verbindet, bedient. Bei der Montage ist der Kopf mit Schelle — ohne Zerlegung der Teile — auf das Rohr zu setzen und die Schelle um einige Grade nach rechts zu drehen, bis die Schelle des Kopfes fest verbunden. Die Größe der Hölzerung ist wegen der erheblichen Höhe der unvollständigen Schmelzenentwicklung ebenbürtig wie bei Schmelzenlampen. Das Anwesenheitsgebiet des Hüttenhutes mit Beförderungsschelle liegt also da, wo Zylinderlampen längt vorgezogenen Gesichtspunkten angewandt werden sollen, aber auch an hochentwickelten Beleuchtungsanlagen werden diese Zylinderlampen mit Vorteil zu verwenden sein, da die Installation dabei sehr vereinfacht wird.

Über die Lichterzeugungsanlage der New Yorker Untergrundbahn schreibt die Electrical Review: Um die in der heißen Jahreszeit mit unermesslichen Temperaturschwankungen der Untergrundbahn in New York zu vermeiden, wählte man sowohl Versuche mit elektrischer als auch mit künstlicher Lichterzeugung. Zwischen der Hauptbahn und der Hauptbahn 96. Straße wurden in den Tunneln selbst und auf den Haltestellen selbst in den Oberirdischen vergrößerten Öffnungen von zusammen etwa 70 Quadratmetern Oberfläche angebracht, wodurch eine merkwürdige Lichterzeugung erreicht wurde. Einer durchschlagenden Erfolg jedoch erzielte man mit einer Lampe, die auf der Hauptbahn 96. Straße errichtet wurde. Auf jedem der beiden Seiten dieser Haltestelle befindet sich ein von einem 40-PS-Flügelventilator angetriebener Doppelventilator, der bei 175 Umdrehungen in der Minute eine Luftmenge von 2130 Kubmeter je Sekunde verdrängt. Wenn Ausstritt

aus den Ventilatoren streicht die Luft durch einen großen eisernen Raken, in dessen Innern sich einfüllende, von kaltem Wasser durchkühlte Eisenröhren befinden. Das kühlende Wasser wird durch eine 15-PS-jeilige doppelwirkende Drillingpumpe Tiefbrunnen entnommen und fließt nach dem Durchströmen der Röhre in die städtische Wasserversorgung. Nach dem Durchströmen der Röhren wird die Luft durch Kanäle, die aus eisernen Blechen zusammengeklebt und unter der Erde aufgehängt sind, nach verschiedenen Punkten des Haltestellenraumes geleitet, wo sie sich durch Öffnungen im Boden der Kanäle auf die Bahnsteige herabsinkt.

Vielmehr stößt man auf die Behauptung, daß Elektrizitätswerk und Gaswerk die ärgsten Konkurrenten seien. Diese Behauptung ist gänzlich in das Reich der Fabel verwiesen durch das einheitliche Zusammenarbeiten beider Werke in Lichterberg bei Berlin. Dort wurde im Jahre 1904 der Bau eines Elektrizitätswerkes beschlossen und es zeigte sich schon im ersten Betriebsjahr, daß der Gasstrom nicht abgenommen, sondern zugenommen hatte, während auch das Elektrizitätswerk sich günstig entwickelt hat. Dieses ist unmittelbar neben der Gasanlage errichtet. Zwei mit Dynamos direkt gekuppelte Gasmotoren von je 200 Pferdekraften und zwei von je 500 Pferdekraften sind für die Stromlieferung bestimmt. Aber nicht das Leuchtgas wird zum Betrieb der genannten Motoren verwendet, sondern das Sauggas, das aus den Koks der Gasanlage gewonnen wird. Der Vorteil des Zusammenarbeitens beider Werke besteht teils darin, daß die Betriebskosten beider Werke geringer sind, teils darin, daß die Gasanlage die Koks liefert. Außerdem leistet das Elektrizitätswerk dem Gaswerk noch dadurch wertvolle Dienste, daß es den Strom für acht Gleichstrommotoren, die zum Betrieb der Anzahl dienen, liefert.

Die Fabrikation von Metallfadenlampen hat jetzt auch die Firma Bergmanns Elektrische Werke Aktiengesellschaft in Berlin begonnen. Sie stellt Lampen für Spannungen von 100 bis 130 Volt bis zur 50 Kerzenstärke her. Auch diese Lampen haben die Vorteile ähnlicher Metallfadenlampen, wie: geringen Stromverbrauch, weiches, helles, dem Sonnenlicht abnahnendes Licht, konstante Lichtstärke und geringe Wärmeabstrahlung. Die Lebensdauer der Lampen beträgt nach den angeführten Versuchen über 1000 Stunden. Lampen für Serienhaltung und 220 Volt Spannung werden ebenfalls schon hergestellt. Leider hat dieser Lampe, wie den meisten Metallfadenlampen, der Nachteil der enormen Empfindlichkeit an, außerdem können sie nur senkrecht hängend brennen. Die Firma Bergmann & Biedel in Kiel bringt eine „Perseo“

Geschäftsbericht der Rheinisch-Westfäl. Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft pro 1906.

Aus jedem Jahresbericht ersehen wir die Bedeutung dieser Großindustrie. Die Zahl der Betriebe bleibt sich stets gleich, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter riesig anwächst. Um 13679 ist die Zahl der Versicherten gegen 1905 wieder gestiegen. Ein Betrieb wurde neu in das Kataster der Berufsgenossenschaft aufgenommen, ein Betrieb gelöscht. Im Bezirk Essen gibt es nur sieben Betriebe, die zur Berufsgenossenschaft zählen, die aber mehr als 33000 Arbeiter beschäftigen. Auch die Löhne sind gestiegen, durchschnittlich um 95 Mk. pro Kopf. Nachstehende Tabelle enthält sehr interessante Ziffern.

Table with 5 columns: Sektion, Zahl der Betriebe 1906, Zahl der versicherten Personen 1906, Löhne pro Kopf der Versicherten 1906, and a comparison with 1905. Rows include I. Essen, II. Oberhausen, III. Düsseldorf, IV. Koblenz, V. Aachen, VI. Dortmund, VII. Bochum, VIII. Hagen, IX. Siegen, and a total sum.

Mehr als 165000 Arbeiter in Rheinland-Westfalen, die in den Hütten- und Walzwerken ihr Brot verdienen müssen! Nur 222 Betriebe! Nur im Bezirk Aachen ist die Zahl der Versicherten etwas zurückgegangen. Sonst überall ein Anwachsen. Am stärksten im Königreich Krupp, das auch den höchsten Durchschnittslohn aufweist. Die Unternehmerpresse verkündet schon mit Behagen die Steigerung dieser Jahreslöhne. In welchem Verhältnis aber die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse der Arbeiterschaft gestiegen sind, davon ist keine Rede. Und wieviel Millionen Mark Löhne haben die bescheidenen Arbeiter die ganzen Jahrzehnte hindurch diesem Unternehmertum erspart.

Und das Risiko der Arbeit? Ströme von Blut sind wieder gestiegen! Tausende von Krüppeln harren ihrer Rente, führen neu den Kampf mit dieser mächtigen Berufsgenossenschaft, gegen die fast kein Arzt des ganzen Reiches aufzutreten magt. 32441 Unfälle wurden im Jahre 1906 allein gemeldet! Auf 1000 Versicherte entfielen somit durchschnittlich 199 Verletzte, und zwar in:

Table with 4 columns: Sektion, Zahl der Unfälle, auf 1000 Versicherte entfielen, and Todesfälle. Rows include I. Essen, II. Oberhausen, III. Düsseldorf, IV. Koblenz, V. Aachen, VI. Dortmund, VII. Bochum, VIII. Hagen, IX. Siegen, and a total sum.

Man beachte nun die Unfallziffer in den Bezirken Oberhausen mit 240 pro Tausend Versicherte und Essen mit 213. f. w. Ebenso die hohe Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang. Wieder steht der Bezirk Oberhausen an der Spitze! Sind deshalb die Durchschnittslöhne so hoch, daß man in Jubel ausbrechen kann? Die Herren Aktionäre merken nicht von dem Weh und Leid „ihrer“ Hüttenleute. Krüppel werden „abgelegt“! Und wenn sie ihr Recht suchen, auch entsprechende Unfallrenten beanspruchen? Auch darüber geben uns die nackten Zahlen des Berichtes genügen Aufschluß. Die Schiedsgerichte erledigten: 1003 Berufungen der Verletzten zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 274 zugunsten der armen Verletzten! Den Vogel hat das Schiedsgericht im Bezirk der Sektion II abgeschossen, indem es 343 Berufungen zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 54 zugunsten der Verletzten „erledigte“!

Und das Reichsversicherungsamt? Die letzte Instanz und die letzte Hoffnung der Verletzten und Hinterbliebenen? Auch dieses hat keine „Schuldigkeit“! Von den Rekursen der Verletzten wurden 345 als unbegründet zurückgewiesen und nur 55 anerkannt; und die beantragte Rente gewährt, während die Berufsgenossenschaft von ihren eigenen Rekursen in 21 Fällen siegte und in 11 Fällen unterlag!

Weniger ausführlich berichtet diesmal der Aufsichtsbeamte der Berufsgenossenschaft über seine Revisionstätigkeit. Drei Tabellen-

genannte Pumpe in den Handel, die sich bereits gut behauptet haben soll. Der Name der Pumpe, „Perreo“ (ein sagenhafter Zwerg), deutet bereits den Hauptvorteil an: bei geringstem Raumbedarf hohe Leistung. Dieser Umstand hat der Pumpe innerhalb kurzer Zeit viele ständige Abnehmer gesichert. Die Perreopumpe kann ohne weiteres von jedermann betätigt werden, bedarf fast gar keiner Bedienung und eignet sich infolge ihrer bedeutenden Leistung und praktischen Anordnung ganz außerordentlich zur Versorgung von kleineren Betrieben mit Wassermengen von circa 1000 bis 3000 Liter stündlich. Die Perreopumpe ist eine Differentialpumpe mit einfacher Saug- und doppelter Druckwirkung. Der Pumpenzylinder ist in das Gehäuse derart eingehängt, daß zwischen Zylinder und Gehäusewand ein großer, ringförmiger Luftwindstempel entsteht; das obere Gehäuse mit dem Zylinder enthält den Druckwindstempel. Der untere große Kolben mit dem Druckventil hat Federringdichtung, der obere Plungerkolben läuft in einer mit Hanf zu dichtenden Stopfbüchse mit Kapfelmutter. Alle beweglichen Teile sind aus Bronze gefertigt. Bei Ausführung als Nierenpumpe besitzt das Vorgelege durch Aufhängung im Scharnier eine sachgemäße Nierenpumpenrichtung. Die komplette Perreopumpe erfordert einen Raum von circa 2 Meter Höhe, 0,4 Meter Breite und 0,5 Meter Tiefe.

Alle bekannten Gasregulierdüsen haben den Nachteil, daß das zur Betätigung des Regulierorgans erforderliche Mittel als Schraube, Hebel, Nüsse u. s. w. unter Gasdruck steht, so daß das Gas bei Undichtigkeiten, hervorgerufen durch längeren Gebrauch oder durch fehlerhafte Entfernung des Reguliermittels (Schraube), austreten und zu Gasgeruch, Gasvergiftungen, Explosionen u. s. w. Veranlassung geben kann. Auf der im April dieses Jahres in Saagen tagenden 54. Generalversammlung des Vereins Sächsisch-Thüringischer Gas- und Wasserfachmänner ist dieser alte Uebelstand der Regulierdüsen wiederum zur Sprache gekommen und zu dessen Abwendung die Anbringung von Schutzhülzen zur Ausführung der Keilens Gasnagen in die Flamme empfohlen worden. Der Firma Gebr. Jakob, Juidau, ist nun ein deutsches Patentschutzpatent erteilt auf eine „Schutzregulierdüse“, die diesen Nachteil endgültig beseitigt, indem das Reguliermittel, die feiltische Schraube, mit dem Gaskanal nicht in Verbindung steht, so daß durch die Schraube und selbst nach deren Entfernung kein Gas entweichen kann. Die feiltische Schraube kann sowohl mit konischer Spitze als auch mit Kegelform versehen werden. Beide Ausführungen haben sich in der Praxis bewährt.

merk. Mehr Text wäre besser gewesen. Die Zahl der vorgefundenen Mängel und Verstöbe gegen die Unfallverhütungsvorschriften wird uns verschwiegen! Dafür wird das „Gewissen“ der Unternehmer wie folgt „entlastet“: „Von den 201 gemeldeten Todesfällen im Berichtsjahr entfallen allein 54, also 26 Prozent, auf den Rangierbetrieb in Normal- und Schmalpurgelisen der Hüttenwerke. Die größte Zahl dieser Todesfälle ist auf leichtsinniges Verhalten und Nichtbeachtung der gegebenen Vorschriften durch die Getöteten selbst oder deren Mitarbeiter zurückzuführen.“ Das ist die „einfachste Lösung“ dieser Frage. Die Lötten sind ja stumm und der Aufsichtsbeamte darf schreiben! Daß die Zahl der Unfälle von 29677 auf 32441 gestiegen ist, dafür hat der Herr Beamte keine Worte. Sicher sind auch nur die Arbeiter selbst schuld gewesen, denn der Herr Beamte murmelt etwas von „unausrottlichen Gemohnheiten der Versicherten“, auf die in Bewegung sich befindlichen Züge zu springen, die Geleise zu überschreiten u.

Die Hauptsache scheint für den Beamten zu sein, daß die Zahl der entschädigten Unfälle nur 2635, das sind 8,6 Prozent aller Unfälle, betrug, also fast 30000 Verletzte um ihre Renten geprellt wurden. Er konstatiert eine Abnahme der Augenverletzungen, die nur noch 7,4 Prozent gegen 8,2 und 8,6 Prozent der Vorjahre betrage. Satonisch meldet der Beamte schließlich: „Der Arbeiterwechsel war der bis dahin lebhafteste und beträgt 49 Prozent der durchschnittlich beschäftigten Arbeiter, gegen 46, 42, 42 = 39,8 Prozent in den Vorjahren.“ Dementprechend ist auch die Zunahme der Verletzungen im ersten Jahre der Beschäftigung auf den Werken. Die Zahl der Verletzungen ist 43,4 Prozent gegen 38,1, 36,6 und 34,8 Prozent der Vorjahre. Im ersten Jahre der Beschäftigung mit der unfallbringenden Arbeit war der Satz 47,3 Prozent gegen 44,3, 42,3 und 40,7 Prozent in den Vorjahren. Das sollte doch genügen!

Die Schlichtungskommission des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller.

Wie wir in Nr. 37 berichteten, wurde am 8. September in Nürnberg eine Konferenz von Vertretern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes abgehalten, die sich mit dem Entwurf des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller zu einer Schlichtungskommission beschäftigte. Die Resolution, die auf der Konferenz gefaßt wurde, haben wir bereits mitgeteilt, wir tragen nun in gedrängter Form die Ausführungen nach, die der Referent, Kollege Reichel, zu dem Entwurf gemacht hat. Kollege Reichel führte aus:

Ich werde Ihre Geduld nicht allzu lange in Anspruch zu nehmen haben, da ich ja heute in keiner Volksversammlung zu reden und keinen Agitationsvortrag zu halten habe. Wir haben uns heute nur mit praktischen Fragen zu befassen. Als der Entwurf des Bayerischen Metallindustrieller-Verbandes zu einer Schlichtungsorganisation bekannt wurde, hat nicht nur der Vorstand, sondern haben wir alle wohl die Meinung gehabt, daß die Sache weit über Bayern hinaus Bedeutung habe.

Der Entwurf wurde veröffentlicht im fränkischen Kurier und mit den Worten begleitet: „Es wird sich nun fragen, wie die Arbeiterschaft sich dazu stellt, und namentlich harrt die schwierige Frage der Erledigung, auf welche Weise deren Meinungsäußerung eingeholt ist.“ Die Herren Metallindustriellen würden es in dieser Beziehung sehr leicht gehabt haben, die Meinung der einflussreichsten Organisation, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, einzuholen, denn unsere Adresse ist ihnen bekannt. Wir sind es bekanntlich auch gewesen, die den Metallindustriellen schon 1904 Vorschläge gemacht haben. Was wir damals verlangten, ist den Kollegen bekannt. Wir waren damals der Ansicht, daß etwaige Differenzen, die ja nach den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unvermeidlich sind, am besten durch gegenseitige Vereinbarung geschlichtet werden könnten. Unsere damaligen Vorschläge wurden abgelehnt, weil die Metallindustriellen der Meinung waren, die deutschen Gewerkschaften würden doch nicht die Bedeutung erlangen, wie die englischen. Sie glaubten auch, sagen zu können, außer euch sind noch eine Anzahl anderer Organisationen und eine große Anzahl unorganisirter Metallarbeiter vorhanden. Zugewinnen ist aber unsere Mitgliederzahl bedeutend gewachsen; damals zählte unser Verband 160000 Mitglieder, jetzt hat er deren circa 360000, und es zeigt sich die erfreuliche Tatsache, daß die anderen Organisationen — Christliche und Nicht-Christliche — nicht nur keine bedeutenden Fortschritte machten, ja, daß sogar die Nicht-Christlichen an Mitgliederzahl abgenommen haben, und zwar über 9000 in einem Jahre. Auch die Mitgliederzunahme des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes beruht nur auf einer Täuschung. Dieser Entwicklungsgang wird anhalten, wir werden auch in Zukunft der Entwicklung ein ganz bestimmtes Gepräge geben. Wir können es deshalb nicht zugeben, daß wir bei dieser Schlichtungsorganisation, wenn auch nicht ausgeschaltet, so doch in unserem Einfluß zurückgedrängt werden sollen.

Wenn die Bayerischen Metallindustriellen jetzt mit solchen Vorschlägen hervortreten, dann ist es nicht die Liebe zum Frieden und Prinzip, nicht die Absicht, uns entgegenzukommen, sondern es sind die realen Tatsachen, die sie zu einer anderen Haltung nötigen. Glaubte man ja doch vor einigen Jahren noch, den Siegeszug der Gewerkschaften durch brutale Aussperrungen aufhalten zu können.

Neu ist eine Rohrwinde, die den Zweck hat, beim Auswechseln von Dichtungsringen, beim Einschalten von Abzweigleitungen u. s. w., Rohre leicht auseinanderzupressen und wieder zusammenzusetzen. Sollen von einer Rohrleitung mittels Rohrflutzen Leitungen abzweigt oder Dichtungsringe ausgewechselt werden, so hängt man an der Stelle, wo die Leitung abzweigt oder die Dichtung eingeseht werden soll, den Apparat über die Leitung. Die Flanschen werden in der Mitte zwischen ein Klemmbodenpaar gelegt. Nachdem man die Klemmwürfe über die angeordneten Nocken gelegt hat, zieht man die Stellhölzer an. Sogen die Klemmboden genügen fest, so werden die beiden mit Rechts- und Linksgewinde versehenen Druck- oder Zugschrauben abwechselnd nach rechts umgedreht, dadurch wird die Leitung auseinandergepreßt, so daß der zum Einsetzen des Einschaltorgans erforderliche Raum hergestellt wird. Ist der Stutzen oder die Dichtung eingeseht, so werden die Schrauben in entgegengesetzter Richtung gedreht und die Leitung wird zusammengezogen. Der Apparat ist der Firma Klein, Schanzlin & Becker, Frankfurt/a. M., geschickt geschützt worden. Ohne diese Vorrichtung waren bei gespannten Leitungen stets zwei, zuweilen sogar drei oder vier Mann erforderlich, um die Rohre mit Hebeln auseinanderzuziehen. Auch die Gefahr des Abbrechens äußerer Flanschen ist durchaus beseitigt, da die Vorrichtung zum Auseinanderpressen an den Rohrwandungen angebracht, während man bisher durch Eintreiben eines Keiles den erforderlichen Zwischenraum herstellte. Ferner ist es beim Auseinanderpressen mit Hebeln schwierig, die Dichtungsflächen wieder genau aneinanderzupressen, was bei Anwendung des Apparats leicht zu bewerkstelligen ist.

In Gubauen hat eine Hamburgische Gesellschaft ein großes Terrain angekauft, wo eine Anlage errichtet werden soll, bei der die Energie von Ebbe und Flut nach einem neuen Verfahren (Argenieur Pollicia) in Licht und Kraft umgesetzt werden soll. Bisher ist schon versucht worden, die Kraft des Meeres, sei es nun die Kraft der Flut oder die Kraft, die der Wechsel von Ebbe und Flut darbietet, für industrielle und technische Zwecke zu verwenden. Die Gedanken, die der Erfinder in dieser Hinsicht bereits zur Ausführung brachte, sind sehr mannigfaltig. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß die Frage der Verwertung der ungeheuren Kraft des Meeres eine ihre Lösung findet muß. Angesichts der Bedeutung dieser Frage darf man den Ergebnissen des Versuchs mit Spannung entgegensehen.

Für Rechenbänke, Schrauben und sonstige Automaten ist es heute viel rationeller und praktischer, an Stelle des gezogenen

Beweis dafür sind die vielen Aussperrungsvorschläge, die in den letzten Jahren aufgetaucht sind. Diese Pläne und die Aussperrungen selbst haben aber zu der ganz bedeutenden Stärkung der Gewerkschaften wesentlich mit beigetragen. Man hat also durch die Aussperrung die Entwicklung der Organisation nicht aufhalten können und deshalb stellt die Frage für die Metallindustriellen jetzt so: Was nun? Man muß die Gewerkschaftsbewegung in Kauf nehmen, sich mit ihr abfinden, sie als das „kleinere Übel“ betrachten, wie das ja die Arbeiterzeitung 1905 festgestellt hat, und will von diesem Gedanken aus seine Maßnahmen treffen.

Wenn wir nun zu der vorliegenden Frage der Schlichtungsorganisation Stellung nehmen wollen, so ist dazu folgendes zu sagen: Die Schlichtungsorganisation wird von uns grundsätzlich begrüßt werden müssen und anerkannt werden können; denn wir sind es ja, wie ich schon bemerkt habe, die den grundsätzlichen Gedanken solcher Einrichtungen propagiert haben. Wir sind aber von jeder der Ansicht gewesen, daß die Einführung solcher Schlichtungsorganisationen nicht zum Gegenstand von Kämpfen gemacht werden soll. Es ist ja einmal auch der Ausspruch gefallen, die Verhandlung mit den Unternehmern würde uns als „reife Frucht in den Schoß fallen“. Die Unternehmer haben diese unsere Wünsche so aufgefaßt, als ob die meisten unserer Kämpfe nur um dieses Ziel willen geführt worden seien.

Wenn wir uns also in der Hauptsache auf die Propagierung dieser Idee beschränkt haben, so müssen wir aber unsere Haltung ändern, wenn die Unternehmer solche Vorschläge machen, durch die sich die Situation verändert, wir können deshalb auch den gemachten Vorschlag nicht mit jener vornehmen Reserve behandeln. Trotzdem uns der Entwurf nicht eingeleitet wurde zur Meinungsäußerung, sind wir doch zu der Ansicht gelangt, daß wir jetzt eingreifen müssen, es könnte uns sonst unterstellt werden, daß wir, nachdem unsere Organisation die heutige Stärke erreicht hat, den Proben herausziehen wollten.

Wenn ich auf den Entwurf im einzelnen eingehe, so muß ich zunächst bemerken, daß er eine Reihe von Hintergedanken in sich birgt. Er ist keineswegs von der Idee getragen, die gewerkschaftlichen Organisationen als solche lokal anzuerkennen, sondern die in neuerer Zeit aufgetauchten gelben Vereine u. s. zum bestimmenden Faktor zu erheben und auszubilden. In der Konferenz hier kann natürlich nicht alles bis ins kleinste ausgeführt werden, sondern die Ausarbeitung von Abänderungsvorschlägen muß den Instanzen des Verbandes überlassen bleiben. Es hat auch schon eine Vorbesprechung in einer kleineren Kommission und eine eingehende Beratung des Entwurfes stattgefunden. Hier wollen wir uns nur in grundsätzlicher Beziehung äußern; denn es ist nötig, die Sache nicht nur einmal reiflich zu überlegen, sondern den Entwurf einer mehrfachen Lesung zu unterziehen. Der Entwurf der Bayerischen Metallindustriellen sieht ja ungeheuer demokratisch aus, so, als ob dem demokratischen Gedanken nach jeder Richtung hin Rechnung getragen wäre. Das ist aber nicht der Fall. Zunächst ist zu sagen, daß die Gliederung nach Wert, Orts- und Hauptauschuß unsere Zustimmung finden kann, weil diese Art der Organisation in der Tat nützlich wirken kann und Differenzen auf dem Wege gültiger Vereinbarung zu beseitigen sind. Denn darüber sind wir doch alle einig, daß der Streit nicht das ausschließliche Mittel der Gewerkschaftsbewegung ist, um die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, sondern daß sehr wohl Einrichtungen denkbar sind, die als eine Art Friedensinstrument für eine gewisse Zeit die Arbeitsbedingungen beiderseitig festlegen und Ruhe in Gewerbe und Industrie verbürgen.

Wir würden es aber noch für viel nützlicher gehalten haben, wenn man nicht einen Hauptauschuß für Bayern, sondern für das ganze Reich vorgeschlagen und dann in Anlehnung an unseren damaligen Reichsausschuß Bezirksausschüsse gebildet hätte, denen die Durchführung der vereinbarten Normen obliegen würde. Wenn die Unternehmer einen solchen Vorschlag jetzt nicht gemacht haben, so nur deshalb nicht, weil sie vielleicht die Sache in Bayern als einen Probierstein betrachten, weil sie sehen wollen, wie die Wahlen für sie ausfallen. Wenn diese schlecht ausfallen, dann werden sie für das übrige Deutschland auf eine ähnliche Einrichtung verzichten, wenn aber ihr Vorteil dabei herauspringt, werden sie die Einrichtung auf das ganze Reich ausdehnen. Wäre man im Jahre 1904 schon auf unseren Vorschlag eingegangen, dann wäre die Aussperrung anläßlich der Formerbewegung nicht gekommen und die Unternehmer hätten sich die hierbei zugezogene Blamage erspart.

Nachdem der Entwurf vorliegt, stellen wir uns auf den Standpunkt, bei unseren Abänderungsvorschlägen den Organisationsplan in seiner Anlage zu folgen. Wir machen keine darüber hinausgehenden Vorschläge. In einzelnen fordern wir noch die Einsetzung eines Branchenausschusses, welche Einrichtung sich schon bei Formnerangelegenheiten bewährt hat. Im Entwurf ist nichts vorgesehen, inwieweit die gewerkschaftlichen Organisationen an der Einrichtung beteiligt werden sollen. Im Frühjahr hat aber der Gesamtverband der Metallindustriellen durch die Arbeiterzeitung bekannt gemacht, daß zu Verhandlungen auch Arbeitervertreter zugezogen werden sollten. Als dann der Beschluß zum erstmalig in Dresden praktisch angewendet werden sollte, da versagte die Sache. In dem Entwurf ist nunmehr keine Mitwirkung von Arbeitervertretern vorgesehen, womit wohl beabsichtigt ist, den Beschluß vom Frühjahr zu korrigieren. In dieser Auffassung wird man bestärkt durch die neueste Auslassung der Arbeiterzeitung. Die Gewerkschaften, als die Trägerinnen der Lohnbewegungen, entscheiden aber in erster und letzter Linie über Einsetzung und Fügung und Beendigung der Bewegungen. Das allein erfordert, daß Vertreter der Gewerkschaften von Anfang an als Berater zu den Verhandlungen zugezogen werden. Wenn dies nicht

Materialien roh gewaltes Mundeisen zu verwenden und daselbe auf Mundeisenricht- und Entzunderungsmaschinen zu richten; und zu entzundern, weil derartig vorbereitete Stäbe vollständig blank und zunderfrei werden und infolgedessen für die Verarbeitung im Automat ganz vorzüglich geeignet sind. Die Erprobung gegenüber der bisherigen Verwendung von gezogenem Material sind so beträchtlich, daß sich eine solche Maschine innerhalb eines Jahres bezahlt macht und es ist außerdem die Unabhängigkeit der Werke von den Lieferanten des gezogenen Eisens von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Die Struktur des Materials verändert sich bei diesem Verfahren nicht. Auch wird die Lehnung des Eisens nicht ungünstig beeinflusst wie beim Ziehen, dem sogenannten Komprimieren. Die Maschinen, die von der Firma Fr. Konfemüller & Cie., Bonn a. Rh., als Spezialität gebaut werden, werden in sechs verschiedenen Größen für Wellen bis zu 150 Millimeter Durchmesser ausgeführt und zeichnen sich durch vollendetste Konstruktion und höchste Leistungsfähigkeit aus.

Die Hennejer Maschinenfabrik C. Hennejer & Reiser, S. m. b. H., in Hennejer (Eieg) bringt die patentierte automatische Kohlenwaage „Chronos“ für Kesselfeuerungen in den Handel. Mit dieser Konstruktion ist eine Waage geschaffen, die die Unvollkommenheiten bisheriger ähnlicher Apparate beseitigt. Sie arbeitet unabhängig von dem Feiger ganz automatisch und richtet ihre Tätigkeit ganz nach dem Verbrauch der Kohle durch die Feuerung. Außerdem gestattet sie die Vermeidung größerer Stöße, ohne daß ein Verstopfen der Zuführung oder ein sonstiges Unbehagen eintritt. Die Waage kann, mit einem kleinen Trichter versehen, unter einem Behälter oder einer Transversalschneide, oder auch unmittelbar unter einem Kohlenbunker aufgestellt werden. Durch die Anordnung einer zur Waage gehörenden Schüttelrinne erfolgt das Einfallen der Kohle unabhängig von deren Feuchtigkeitsgrad und deren Stückgröße in die Materialschale in so außerordentlich gleichmäßiger Weise, daß die möglichst große Genauigkeit der Wägungen erreicht ist. Die Waage wird so eingeteilt, daß sie etwa 10 bis 15 Kilogramm, als die Feuerung bedarf, und rückt sich selbständig aus und ein, je nach der geringeren oder größeren Feuerung, wobei die Schüttelrinne jedesmal selbständig mit ausgerückt oder eingerückt wird, während deren Antriebswelle weiterläuft. Durch einen Wechsellapp kann die Waage handlich verstellbar werden, so daß nur das Zifferblatt des Zählwerkes sichtbar bleibt, was dem Gewicht der verfeuerten Kohle jederzeit abgelesen werden kann.

der Klempner Wilh. Köhloff, geb. am 29. Oktober 1888 zu Herne, Lit. A. Buch-Nr. 140524;
 der Klempner Max Müller, geb. am 1. September 1876 zu Freiburg i. Br., Lit. A. Buch-Nr. 166500;
 der Klempner Otto Peters, geb. am 6. März 1884 zu Langendreer, Lit. A. Buch-Nr. 166487;
 der Klempner Heinrich Schwarz, geb. am 24. April 1887 zu Rothhausen, Lit. A. Buch-Nr. 166444;
 der Klempner Adolf Stopnick, geb. am 9. August 1873 zu Groß-Sturach, Lit. A. Buch-Nr. 166495, sämtlich wegen Streikbruch;

der Klempner Frh. Ouenfert, geb. am 21. Mai 1877 zu Soest, Lit. A. Buch-Nr. 36323, wegen Streikbruch und Denunziation.

Auf Antrag der Einzelmitgliederschaft in Leipzig:
 Der Dreher Hermann Grahl, geb. am 15. November 1879 zu Scheubitz, Buch-Nr. 716935, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Minden:
 Der Klempner Hermann Hof, geb. am 14. November 1861 zu Minden, Lit. A. Buch-Nr. 24769, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Neumünster:
 Der Klempner Hermann Romanovsky, geb. am 21. Nov. 1872 zu Sorau, Buch-Nr. 836228, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Solingen:
 Der Ausmacher Paul Krafed, geb. am 29. Juni 1870 zu Solingen, Lit. A. Buch-Nr. 72283;

der Ausmacher Karl Rabenschlag, geb. am 12. Februar 1866 zu Hühlsch, Lit. A. Buch-Nr. 72282;
 der Federmeßerschleifer Karl Suberg, geb. am 4. November 1850 zu Solingen, Buch-Nr. 157927;

der Hilfsarbeiter Ernst Wönnighoff, geb. am 3. Januar 1864 zu ?, Buch-Nr. 588390;

der Hilfsarbeiter Joh. Richarty, geb. am 3. Mai 1855 zu Richrath, Buch-Nr. 588389;

der Meßerschleifer Karl Mayer, geb. am 3. Juli 1867 zu Solingen, Lit. A. Buch-Nr. 72139;

der Meister Ernst Wollgraf, geb. am 2. Dezember 1873 zu Baartfeld, Lit. A. Buch-Nr. 72320;

der Scherenhärter Jul. Kron, geb. am 11. September 1879 zu Solingen, Buch-Nr. 775996;

der Schleifer Paul Vollenbruch, geb. am 23. Januar 1886 zu Sonnborn, Lit. A. Buch-Nr. 66181, sämtlich wegen Streikbruch.

Folgende Mitgliedblätter sind einzuziehen und zwecks Kontrolle dem Bezirksleiter S. Rohrlach, Stettin, Turmstraße 77, zu senden:
 Buch-Nr. 498180 lautet auf Former Karl Stöhr, geb. am 20. März 1875 zu Znomorajam;
 Buch-Nr. 901521 lautet auf ? Hermann Schalla, geb. am ? zu Osterode;
 Buch-Nr. 454096 lautet auf Former Theodor Jansen, geb. am 28. April 1867 zu Hannover.

Aufforderung zur Rechtfertigung.
 Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschluß aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Vergeborj:
 Der Klempner Kurt Kleiner, geb. am 16. Januar 1887 zu Wisteb, Lit. A. Buch-Nr. 173088, wegen Denunziation.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:
 Der Metallarbeiter Heinz Girsch, geb. am 16. Juni 1885 zu Breslau, Buch-Nr. 723917, wegen Schwindel.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Essen a. R.:
 Der Schlosser Aug. Gallimat, geb. am 31. Oktober 1883 zu Steuzen, Lit. A. Buch-Nr. 7892, wegen Unterschlagung;

der Schlosser Johann Müller, geb. am 16. November 1880 zu Klevelöhöhe, Buch-Nr. 774684, wegen unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Gotha:
 Der Metallarbeiter Adolf Hübnar, geb. am 23. Dezember 1869 zu Sulzgröb bei Eplingen, Buch-Nr. 100851, wegen Streikbruch.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Passau:
 Der Schlosser Franz Straßner, geb. am 11. September 1882 zu Passau, Lit. A. Buch-Nr. 109057, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Stuttgart:
 Der Mechaniker Alb. Schent, geb. am 16. Dezember 1886 zu Straßburg, Lit. A. Buch-Nr. 235106, wegen Diebstahl.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an Theodor Werner, Stuttgart, Rote-Strasse 16b zu richten; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! • Zugug ist fernzuhalten:

- von chirurgischen Instrumentenmachern nach Luttligen (Firma Schweithardt) B;
- von Drahtarbeitern, Radlern, Spinnern, Webern und Hilfsarbeitern nach Berlin;
- von Drahtziehern nach Mannheim St.;
- von Elektromonturen nach Basel L.; nach Hamburg St.; nach Karlsruhe L.;
- von Feilenarbeitern nach sämtlichen Saarstädten L.;
- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Keramwerkern nach Aplerbeck (Aplerbecker Hütte) M.; nach Warken; nach Brugg i. Aargau (Wüller & Co.) St.; nach Essen a. Ruhr (Maschinenfabrik Union) M.; nach Greiz i. B. (Viktor Strauß & Plarre) M.; nach Rettwig a. d. R. (Wabr. Hühmann) D.; nach Trestal (Schweiz) St.; nach Mülhausen i. Elz. (Eisenwerk Thüringen) St.; nach Forz-Urbach bei Köln (Adelshütte) St.; nach Ravensburg (Doner) D.;
- von Gelbmetallarbeitern nach München A.;
- von Goldarbeitern (Kringmachern, Fassern, Gravuren, Polierseifen) nach Schw. Gmünd (Kringfabrik Herxer) M.;
- von Gärtern nach Stillingen i. B. (Wabr. Hepp) L.;
- von Gärtern, Metallrädern, Schleifern und Metallformern nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.;
- von Klempnern, Flaschuern, Spenglern und Installateuren nach Chuz, Schweiz L.; nach Darmstadt; nach Konstanz St.; nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.; nach Magdeburg Str.; nach Minden in Westfalen St.; nach Dsnabrück (Gasmeßerfabrik Kronschöder) St.; nach Zürich;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Augsburg (Motorfahrzeugfabrik Feinle & Weiss, Oberhausen) A.; nach Barmen-Eberfeld A.; nach Forst (F. Schmidt) A.; nach Freilpedit in Braunschweig (Norddeutsche Zuderraffinerie) M.; nach Herstal i. Belgien (Firma National d'Armes de guerre) St.; nach München A.; nach Oberhausen (siehe Augsburg); nach Schladen a. S. (Maschinenfabrik Dippe) St.; nach Schweningen St.; nach Solingen; nach Steinach (Eisenwerk) St.; nach Bierfen i. Nhb. (Ofenfabrik Disting) M.; nach Warstade i. Hann. St.;
- von Metallarbeitern nach sämtlichen Schwarzwaldborten;
- von Metallrädern, Spenglern, Schleifern und Polierseifen nach Kaiserlautern (Wälzische Metallwarenfabrik) D.; nach Salzingen;
- von Schlossern nach Hannover St.; nach Wiesbaden L.;
- von Silberarbeitern nach Hanau a. Main; nach Mainz (Firma Rzewitz) D.;

von Spenglern, Metallrädern, Schleifern und Arbeiterinnen nach Ulm (Industriewerke) M.;

von Uhrarbeitern nach Langkirch und Schwenningen A.;

von Ziselierern nach Mainz (Gasapparate-Gußwerk) L.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streitgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; A.: Lohnbewegung; L.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperrern müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungsstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsaufnahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Former.

Hannau a. M. In der Eisengießerei Marienhütte in Groß-Auhem sind zurzeit die Verhältnisse für die Former nicht günstig. Die Direktion sucht auf Umwegen die bei der vorjährigen Formerbewegung erreichten Zugeländnisse illusorisch zu machen und es werden, wie ja allen Kollegen zur Genüge bekannt ist, immer die Fremden, die Durchreisenden dazu aussersehen. Gelingt es bei diesen, dann kommen später bei ungünstigen Zeiten die anderen daran. Es sind uns in letzter Zeit Fälle bekannt geworden, daß Kollegen abreisen mußten, ohne so viel heraus zu bekommen, daß sie Kost und Logis bezahlen konnten. Wer die Formerverhältnisse nicht so genau kennt, wird nun sagen: Ja, der Mann muß doch mindestens einen Lohn haben, und wenn er da nicht so viel Lohn bekommt, daß er seinen Verpflichtungen nachkommen kann, hat das Anfangen überhaupt keinen Wert. Ganz unsere Meinung. Die Sachlage ist kurz die: Bei der vorjährigen Bewegung gelang es uns nur für die damals im Betrieb Befindlichen, einen Lohn zu garantieren. Für die Zureisenden sollen die Leistungen maßgebend sein. Daß aber der Begriff Leistungsfähigkeit, namentlich in der Vieberei, sehr dehnbar ist, ist uns allen zur Genüge bekannt. Es besteht in dem Betrieb ferner noch der Mißstand, daß der Lohn für die ersten acht Tage stehen bleibt. Reist nun ein fremder Kollege zu, so bekommt er eben nicht die bestbezahlte Arbeit. Bis er die Betriebsverhältnisse kennt, das Material erprobt hat, wird er in den ersten Wochen nur in den seltensten Fällen auf einen anständigen Lohn kommen können. Hat er eine Woche gearbeitet, so kann ihm ein Voranschub gewährt werden, der aber in den seltensten Fällen mehr als 15 Mk. beträgt. Hat er zwei Wochen gearbeitet, so wird die erste bezahlt. Es kommt nicht selten vor, daß durch entstandenen Fehlgang und durch die zu niedrig bezahlte Arbeit der Betreffende keine 10 Mk. verdient hat. Statt, wie es Pflicht wäre, den garantierten Lohn zu bezahlen, gibt es Voranschub und Abschlag. So geht die Sache von Woche zu Woche; wenn der Betreffende sieht, daß er auf keinen grünen Zweig kommen kann und wenn er deshalb aufhört, bleibt nach Abzug des Voranschubs und Abschlags nichts mehr übrig. Was sollen die Arbeiter dann machen? Ein Bewerbergehörte besteht nicht, wo sie sich ihr Recht sofort holen könnten und der Weg zum Amtsgericht ist sehr weit und langweilig und mit schweren Kosten verknüpft, den nur die beschreiten können, die vom Verband Rechtshilfe haben. Zu dieser Angelegenheit hat eine Sitzung unserer Ortsverwaltung Stellung genommen. Es werden alle zureisenden Kollegen darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich zuerst bei der Verwaltung orientieren müssen. Wer dann ohne sein Verschulden nicht auf seinen Lohn kommen kann, dem wird die Ortsverwaltung zum ehrliehen Weiterkommen behilflich sein. Kollegen, die sich vorher keinen Rat holen, und sich von der Firma mit dem bekannten Trostwort: „Schaffen Sie nur, Sie werden Ihr Geld schon verdienen!“ abspießen lassen, haben sich alles selbst zuzuschreiben.

Klempner.

Minden i. Westf. Die hiesigen Klempner und Installateure haben in folgenden Werkstellen die Arbeit eingestellt: S. Zimmermann, W. Junke, K. Papenbrock, E. Meidiger, L. Sierig und M. Maranka. Bei der Firma C. Jochum sind vier Mann stehen geblieben, die vorher versprochen hatten, mitzutreten, als aber alle Kollegen die Arbeit niederlegen sollten, weil die Kündigungzeit abgelaufen war, sind diese zu „Arbeitswilligen“ geworden. Auch in dem Geschäft von Sierig ist ein Mann stehen geblieben. Auch dieser hatte versprochen mitzutreten. Die Herren Klempnermeister greifen zu dem beliebtesten Mittel, dem einen und anderen Kollegen Zulagen zu gewähren, um die streikenden Kollegen uneins zu machen. Das scheint Herrn Jochum schon gegliedert zu sein, denn einer von den vier Mann, die in dem Geschäft arbeiten, hatte am 5. September die Arbeit mit eingestellt, am 6. September hat dieser uns den Rücken gekehrt und die Arbeit wieder aufgenommen. Am Auszug sind 13 Kollegen beteiligt. Die Klausurzeit können aber trotzdem den Kohl nicht fett machen. Wir ersuchen, den Zugug streng fernzuhalten.

Metallarbeiter.

Altenburg. Die Bewegung der Altenburger Nähmaschinenarbeiter fand dadurch ihren Abschluß, daß am 12. September drei überfallige Betriebsverhandlungen die Arbeiterausschüsse beauftragten, die Zugeländnisse, die bei der Verhandlung mit den Firmeninhabern von diesen gemacht wurden, schriftlich zu vereinbaren. In der Hauptsache wurde bewilligt: 1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden ab 1. Oktober 1907. 2. Für Überstunden wird 5 Pf. Zuschlag pro Stunde bezahlt. 3. Lohnarbeiter erhalten bei der verkürzten Arbeitszeit den gleichen Wochenverdienst wie bisher. 4. Nach genauer Prüfung werden die als zu niedrig bezeichneten Akkordpreise aufgebessert.

Diedenhofen. Erbäuliche Zustände herrschen in den hiesigen Eisenkonstruktionswerkstätten und Schlossereien. Ein Wunder ist dies freilich nicht, denn von Organisation ist in den meisten Betrieben noch nicht einmal die Spur eines Anfangs vorhanden. Ein großer Teil der Arbeiter setzt sich aus Einheimischen, das heißt aus Bewohnern der umliegenden Dörfer zusammen. Das hervorsteckendste Merkmal dieser Leute ist die Zufriedenheit. Sie nehmen alles hin, was Unternehmerlaune und Willkür bedürfnislos unorganisierten Proletariats heutzutage noch zu bieten mag. Die Löhne sind in Anbetracht der Apothekenpreise aller Existenzmittel erbärmliche zu nennen. Und die Behandlung der Arbeiter spottet oft jeder Beschreibung. Der Geist der Kaiserhofverfassungen der lothringischen Hüttenwerke spukt eben auch in den Arbeitsordnungen der Diedenhofer Fabrikpächter. Stigt doch die Karlsruhülle der bekannten Scharfmacherfirma Köchling der guten Stadt Diedenhofen direkt auf der Nase. Unter diesen Verhältnissen ist die Fluktuation in den hiesigen Werkstätten der weiterverarbeitenden Industrie eine sehr große. Freilich nur bei den von auswärts zureisenden Kollegen, denn die einheimischen bleiben trotz aller Stöße und Prügeleien. Einen ganz besonderen Schneid in rigoroser Behandlung seiner Ausbeutungsobjekte entwickelt neuerdings der Inhaber der Firma Kut (Verträge für leichtere Eisenkonstruktionen). Ein organisierter Schlosser, der sich weigerte, Tagelöhnerarbeit zu verrichten, wurde ohne viel Komplimente an die Luft gesetzt. Das war an einem Donnerstag mittags. Dem Kollegen, der nurmehr selbstverständlich sofort seinen rückständigen Lohn verlangte, wurde jedoch bedeutet, daß er diesen erst am Samstag erhalten könne. Ob der Herr Kut wohl auch jede Woche von Donnerstag bis Samstag Kohldampf schiebt? Wir wagen dies zu bezweifeln. Da in Diedenhofen das Pfund Fleisch wohl 1,20 Mk. kostet, aber kein Gewerkegericht vorhanden ist, müssen alle aererblichen Magen vor

dem Amtsgericht zum Austrag gebracht werden. Da kann es — wie schon vorgekommen — sechs Monate oder länger dauern, bis ein klagender Arbeiter zu seinem Rechte kommt oder auch — bereinfällt. Bessere Zustände auch in Diedenhofen herbeizuführen, höhere Löhne, eine kürzere Arbeitszeit zu erringen und die Pächter und deren Trabanten zu einer besseren Behandlung zu zwingen, das kann hier wie überall nur die Organisation fertig bringen. Darum hinein mit euch, Kollegen, wo immer auch eure Wiege gestanden haben mag, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband, dann wird den Bedrückern und Ausbeutern das Handwerk gelegt werden.

Driesen a. d. Nehe. Die sämtlichen Gürtler und Dreher der Messingwarenfabrik von A. Stiller haben am Montag den 9. September die Arbeit eingestellt. Es liegen die folgenden Ursachen zugrunde: Die Firma hatte im vorigen Jahre einen Tarifvertrag mit den Arbeitern vereinbart, der am 10. September abläuft. Er ist von den Arbeitern rechtzeitig gekündigt worden, weil die überaus niedrigen Löhne und der Akkordverdienst mit der ständigen Steigerung der Lebensmittelpreise und den Wohnungsmieten nicht in Einklang zu bringen sind. Es fanden Vorbereitungen statt, um für einen neuen Tarif die nötigen Unterlagen zu gewinnen. Da fand sich ein „Zudas“, der dem Fabrikanten Mitteilung über die Vorkommnisse in der vorbereitenden Versammlung machte; die Folge war, daß zunächst ein Kollege und nach wenigen Tagen fünf andere ohne Angabe von Gründen entlassen, also 6 von 24 gemahregelt wurden. Das konnten natürlich die Arbeiter nicht ruhig hinnehmen. Es fanden am Sonnabend den 7. September Verhandlungen im Beisein des Bezirksleiters statt, die jedoch zu keinem Resultat führten. Der Inhaber der Firma, Herr Lange, erklärte einfach, er wolle seinen Betrieb „verkleinern“ und er entlasse zunächst die Leute, die ihn am meisten ärgern. Es wurde nun ein Vermittlungsvorschlag gemacht, die geforderten Lohnhöhen sollten zurüdgegeben, die Arbeitszeit, wenn nötig, verkürzt werden, aber die sechs Mann sollten weiterarbeiten. Aber auch darauf ging der Fabrikant nicht ein. Es ist demzufolge klar zu durchschauen, daß es sich für die Firma Stiller darum handelt, der Organisation ein auszuweichen, sie womöglich zu besitzigen. Denn diese sechs Mann waren die besten Kräfte und es ist deshalb auch klar, daß sich der Herr Chef über sie am meisten „ärgert“. Der Kampf ist für die Arbeiter ein leichter zu nennen, denn es ist nur ein Dreher, ein „Franker“ und nicht ein einziger Gürtler im Betrieb geblieben und alle Streikenden sind vollberechtigte Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Es wird dringend gebeten, den Zugug nach Driesen streng fernzuhalten.

Kattowik. Als ein sehr liebenswürdiger und energischer Ingenieur ist Herr Nolte in Kattowik bei den Kollegen der Heizungsbranche bekannt. Er kam voriges Jahr von Hannover. Wochenlang vor seinem Einzug wurden die Kollegen auf ihn aufmerksam gemacht. Herr Ingenieur Vogt teilte ihnen mit, daß ein tüchtiger „energischer“ Beamter kommt. Dieser „energische“ Herr benahm sich anfangs sehr human, später aber zeigte er uns sein wahres Gesicht. Seine Energie zeigte sich auch darin, daß er manchmal Sonntags, Feiertags und nachts arbeiten ließ, ohne erst die Polizei um Erlaubnis zu fragen. Ja sogar Lehrlinge unter 16 Jahren haben übermunden gemacht und auch nachts gearbeitet. Auch versteht sich der „energische“ Ingenieur auf das Stundenrechnen. Herr Vogt hat früher von morgens 5 1/2 bis abends 7 1/2 13 Stunden bezahlt (Reise bei Montage hin und zurück eingerechnet). Nolte nahm aber gleich jedem 2 1/2 Stunden weg. Er sagte, die Fahrzeit rechne er nicht, deshalb gebe es bloß Lohn für 10 1/2 Stunden. Den Zeichner hat Nolte jeden Tag auf den Bahnhof bestellt, der mußte hinter dem Bissior oder von drinnen auf die Kollegen lauern, wann sie eigentlich saßen. Die Herrlichkeit Noltes bei Herrn Vogt dauerte nicht lange. Nachdem er ein paar Kollegen aufs Straßensplaster geworfen hatte, kam die Reiche an ihn. Festgestellt ist nur nicht, ob der „energische“ Herr selbst ging oder gegangen worden ist. Jetzt ist er bei einer Berliner Heizungsfirma (Fecht) als Vertreter in Kattowik. Die Firma Fecht hatte auch einige Berliner Kollegen hier auf Montage gehabt, es hat ihnen aber wahrlich nicht beim „energischen“ Herrn Nolte zu gut gefallen, denn sie jagen bis auf einen, der noch hier arbeitet, wieder nach Berlin. Herr Nolte war darauf sehr „im Druck“, er redete deshalb unsere Kollegen auf der Straße an. Einige sind auch auf seinen Reim getrocknet. Herr Nolte hat die üble Eigenschaft vieler Unternehmern, recht viel zu versprechen und wenig zu halten. Auch soll bei ihm viel gearbeitet werden. Es fehlt aber an Werkzeugen. Wenn man Öl, Feinsand oder sonst was braucht, muß man erst in einen Laden laufen. Auch an sonstigen Materialien fehlt es oft, so daß, ehe man etwas kriegt, ein halber Tag vergeht. Dann heißt es, man habe nichts gemacht. Einem Kollegen, der unlängst wegging, wurden 72 Mk. zurückgehalten, so daß er erst klagbar vorgehen mußte. Schließlich einigten sich die Parteien auf die Hälfte. Das war von unserem Kollegen nicht richtig gehandelt, da er auf den ganzen Betrag Anspruch hatte. Der „energische“ Ingenieur kann sich doch ins Häußchen lassen, vielleicht kriegt er von der Firma ein Ehren Diplom. Ein Kollege nach dem anderen geht weg, so daß der „energische“ Ingenieur auferte: er würde die oberste Epihubenbande ganz hinausschmeißen und sich Berliner anschaffen. Das Hinausschmeißen kann aber nicht mehr groß werden, denn er hat ja nur anderthalb Mann. Wir können allen Kollegen nur raten: meidet die Firma Fecht in Kattowik, bei der der „energische“ Ingenieur ist. Besonders an die hiesigen Kollegen, die nicht organisiert sind, richten wir die bringende Bitte, mit uns Hand in Hand zu gehen und sich unserem Verband anzuschließen. Erst dann, wenn die hiesigen Kollegen alle dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehören, können wir Forderungen stellen, eine menschenwürdige Behandlung, einen besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit verlangen. Wer das für sich und seine Familie erlangen will, der lege mit Hand ans Werk, er schließe sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an.

Münberg. Am 3. August dieses Jahres wurde vor dem Schöffengericht Nürnberg folgender Vergleich in der Privatklagesache Günther kontra Konrad abgeschlossen: Vergleich. 1. Die gegenseitig in Wort und Schrift gebrauchten Beleidigungen werden zurückgenommen. Der Privatbeklagte Adolf Konrad erklärt insbesondere, daß er die Behauptung nicht aufrechterhalten könne und wolle, Privatkläger sei wegen Diebstahl schon bestraft. 2. Die Gerichtskosten werden halbiert, die Parteiauslagen gegeneinander aufgehoben. 3. Beide Teile verpflichten sich gegenseitig, diesen Vergleich auf eigene Kosten im Deutschen Metallarbeiter und in der Deutschen Metallarbeiter-Zeitung durch einmaliges Einrücken ohne alle Begleitworte im redaktionellen Teile in der gewöhnlichen Form öffentlich bekannt zu machen, und zwar binnen Monatsfrist nach Empfang einer Ausfertigung. Für den Fall, daß innerhalb der bezeichneten Frist in einer der beiden Zeitungen die Veröffentlichung des Vergleichs nicht erfolgt ist, soll dem Gegner die Befugnis eingeräumt sein, binnen weiterer Monatsfrist auf Kosten des anderen Teiles die Veröffentlichung zu bewirken. 4. Jede Partei erhält eine Ausfertigung des Vergleichs. 5. Privatklage mit Strafanktrag wird zurückgezogen, auf Widerlage wird verzichtet. 6. Hiermit sind alle zwischen den Streitparteien bis heute etwa weiter vorgefallenen Beleidigungen ausgeglichen.

Wittenberg. Der von seiner großen Ohnmächtigkeit jedenfalls selbst überzeugte hiesige Ortsverein des Hirsch-Dunderischen Gewerkevereins hatte am Sonntag den 1. September, abends 6 Uhr, bei Herrn Heinrich Pettermann hier eine — man höre und staune — öffentliche Protestversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Führer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes im Dienste des Unternehmertums,“ und: „Warum zahlen die gegnerischen Organisationen so hohe Beiträge?“ Als Referenten hatte man sich einen Herrn Klover aus Hietzsch vertrieben. Aber circa 70 erschienenen Kollegen vom Deutschen Metallarbeiter-Verband waren ungefähr 30 Hirsche und einige wenige Erbkliche erschienen. In Anbetracht dieses geradezu verblüffenden Verhältnisses fiel dem Referenten und den anderen anwesenden „gerügten Geistes“ des Hirsch-Dunderischen Gewerkevereins, besonders dem Herrn Zeller aus Hagen, das Herz in die Hosen. Die Verhältnisse übersehend, suchte der Referent soviel als möglich das Thema zu umgehen und, so gut und schlecht es eben ging, den Christlichen, die anfangs noch keinen Diskussionsredner zur Stelle hatten, eins auszuweichen. Den zweiten Teil seines

Zhemas, betreffend die hohen Beiträge, hatte der Referent ganz vergessen zu erwähnen. Um überhaupt das Referat kurz zu kennzeichnen, sei nur darauf hingewiesen, daß mehr als Halbblütigkeit dazu gehörte, ob solchem Gefasel die Ruhe zu bewahren. Auf das Referat näher einzugehen, wollen wir unterlassen, denn dafür sind die Spalten unserer Zeitung doch zu schade, um alle die Mägen und Aufschneiderereien wiederzugeben, die Herr Klorer in seinem „geistreichen“ Vortrag sich erlauben zu dürfen glaubte. In der Diskussion erhielt Herr Klorer und auch sein Kollege Zoller aus Hagen, der, nebenbei bemerkt, die Erklärungsfrage fast gutdies, sowie der Gewerksverein überhaupt, von unseren Kollegen Riger und Donath aus Hagen eine Abfuhr, daß es die Kirche in Zukunft wahrscheinlich unterlassen werden, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sowie seinen angestellten Beamten in einer solchen provozierenden Weise gegenüberzutreten. Es wurde ihnen gezeigt und bewiesen, auf welcher Seite die Leute zu suchen sind, die sich als Gewerkschaftler aufspielen, aber Herrat an ihren Arbeitskollegen üben, um sich dann dem Unternehmertum dienlich zu erweisen. Kollege Donath, der abends 1/2 12 Uhr seine Ausführungen beendete, ließ zum Schluß den Deutschen Metallarbeiter-Verband hochleben und die Versammlung flammte brausend ein. Der um 8 Uhr eingetragene Redner der Christlichen versuchte als der „Weiße und Klügste“ die Situation auszunutzen und sein Schöpfchen zu scheren. Dabei passierten ihm aber einige Entgleisungen, für die er sich eine derbe, aber wahrheitsgemäße Richtigstellung von Kollegen Donath gefallen lassen mußte. Zum Schlusswort hatte Klorer, wie er sagte, noch vieles zu erwähnen und „richtig“ aufstellen, aber er hatte zu seinem Weidwesen, da sich fast alles anschlief, den Saal zu verlassen, keine Zuhörer mehr, und so mußte wohl oder übel die für die Kirche mit einer geradezu vernichtenden Niederlage endende Versammlung geschlossen werden. Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein.

Salzungen. Die Schleifer und Polierer der Firma Jung & Dittmar, die größtenteils mit der Anfertigung von Portemonnaiebügeln beschäftigt sind, legten am 30. Juli dieses Jahres die Arbeit nieder. Sie hatten Forderungen eingereicht, die neben anderem enthielten: Befreiung des Standgeldes, Befreiung von Hilfsarbeiten und sonstigen Materials ohne Reduzierung der Akkordpreise. In einer Zuschrift lehnte die Firma die hier genannten Forderungen ab. Die Arbeiter wurden noch einmal vorstellig und forderten, um einem Konflikt aus dem Wege zu gehen, nur noch die Abschaffung des Standgeldes. Sie glaubten dazu besonders berechtigt zu sein, da das Standgeld bei einer Kräfte in den letzten Jahren mit der Begründung eingeführt wurde, die Betriebsleitung könne nur noch konkurrenzfähig bleiben und Arbeit herbeischaffen, wenn die Arbeiter für die Benutzung der Schleifer- und Polierstände Standgeld, also Miete zahlten. Versprochen wurde bei der Einführung: wenn es wieder besser geht, soll das Standgeld wieder in Wegfall kommen. Letzteres ist nicht eingetreten und muß, obwohl die Akkordlöhne noch sehr häufig reduziert wurden, jetzt erst durch eine Arbeitseinstellung erlassen werden. Wie weit die Sache gediehen ist, mögen die Berufscollegen aus nachfolgendem ersehen. Am Montag den 2. September hatten die Streitenden und Ausgesperrten der Firma Jung & Dittmar eine Versammlung, um den Bericht über den Stand der Bewegung entgegen zu nehmen. Die Berichtsführer führten ungefähr folgendes aus: In dem Stande des Streiks und Aussperrung bei Jung & Dittmar ist infolgedessen eine Änderung eingetreten, als die Begründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes am 28. August nachfolgendes Schreiben an den Herrn Ersten Bürgermeister überhandte: „An den Herrn Ersten Bürgermeister Gölling. Seit dem 30. vorigen Monats stehen die Schleifer und Polierer der Firma Jung & Dittmar wegen Lohnforderung im Streit. Am 31. vorigen Monats entließ die Firma alle übrigen Arbeiter ihres Betriebs, welche von ihrem gesetzlichen Rechte des Zusammenstehens in einer Organisation Gebrauch gemacht hatten. Der Streik und die sich daraus ergebende Aussperrung werden nicht ohne Einfluß auf das Gemeinwohl der Stadt Salzungen bleiben. Da bei dem angeblichen Stande der Bewegung nicht abzusehen ist, wann es zu Verhandlungen oder zu einer Einigung kommt, die Arbeiter aber noch wie vor zu Verhandlungen bereit sind, so ersuchen wir den Herrn Ersten Bürgermeister, den Versuch zu unternehmen, Verhandlungen unter Herrn Vorsth auszuführen und die Firma Jung & Dittmar für die beschriebenen Wünsche der Arbeiter zu gewinnen. Zur besseren Information legen wir eine Abschrift der von den Arbeitern am 27. vorigen Monats eingereichten Forderungen bei. In dem wir für Ihre Bemühungen im voraus bestens danken, ersuchen wir Sie, uns Ihre geachtete Nachricht über den Stand der Sache baldmöglichst zukommen zu lassen und zeitigen Hochachtungswort!“ Für die Begründung des Streiks im Deutschen Metallarbeiter-Verband H. Köhr, Bezirksleiter.“ — Der Herr Erste Bürgermeister hatte sich sofort in augenscheinlicher Weise mit der Kommission der Streitenden und der Firma in Verbindung gesetzt. Leider ist es zu befriedigenden Verhandlungen nicht gekommen, denn die Firma Jung & Dittmar hielt den Streik für beendet, da sie 27 Akkordisten die Papiere ausgereicht habe und 113 Arbeiter dieselben geholt hätten. Auch erklärte Herr Kommerzienrat Jung, nicht mit den von der Firma Entlassenen verhandeln zu wollen. Die Arbeiter, die zu Verhandlungen und einem ehrsüchtigen Frieden schluß die Hand bieten, konnten der Ansicht des Herrn Kommerzienrat Jung infolgedessen Rechnung tragen, als sie eine neue Kommission wählen und zu Verhandlungen ermächtigen. Einen wesentlichen Schritt konnte die Sache dem Abhluß näher gebracht werden, wenn von der Firma der Standpunkt aufgegeben würde: sie ließe sich nichts abwaggen. Bei einem Zwange kann in diesem Falle nicht die Rede sein, da die Arbeiter keinen Weg vorbehalten gelassen haben, der ihre Sache zu einem friedlichen Abhluß bringen könnte. Die Arbeiter haben doch zu gütlich das Recht, da nicht zu arbeiten, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen den Lebensbedingungen nicht mehr entsprechende sind. Wenn der Firma Jung & Dittmar an einem ehrlichen Friedensschluß gelegen ist, so mag sie dem Herrn Ersten Bürgermeister mitteilen, ob und wie sie die beschriebenen Wünsche der Arbeiter zu erfüllen geneigt. Sollte wider Erwarten die Firma auch mit der neuorganisierten Kommission nicht verhandeln wollen, so müssen die Arbeiter jede Verantwortung für den Weiterbestand des Streiks ablehnen. Möge die Firma Jung & Dittmar ruhig annehmen, daß für die Beendigung des Streiks der Arbeiter bereit ist. Für die Arbeiter besteht der Streik so lange, bis er durch Verhandlungsbeschlüsse aufgehoben wird. Es sollen werden die Arbeiter dafür sorgen, daß beschriebene Forderungen nicht nach Salzungen kommen. Die Verhandlungen schlossen sich demnach Annahme folgender Resolution der Ansicht der Berichtsführer an: „Die verantwortlichen Herren und angestellten Arbeiter der Firma Jung & Dittmar erkennen die unmittelbare Tätigkeit des Herrn Ersten Bürgermeisters an, bedauern es aber, daß durch das wenige Entgegenkommen des Herrn Kommerzienrat Jung die Verhandlung des Streiks für unabhäufbar Zeit verschoben ist. Auch möchte bedauern die Verhandlungen es, daß die Firma Jung & Dittmar Verhandlungen mit der von den Arbeitern gewählten Kommission nicht zulassen will, da nach Gewährung der Forderungen durch die Begründung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Herr Kommerzienrat Dittmar den Schleifer Zoller, Rollenbach zu sich kommen ließ und ihm erklärte: Die Arbeiter sollen ihre Wünsche selbst unterbreiten, kann nicht die Firma diese noch Möglichkeit berücksichtigen.“ Die Verhandlungen schlossen, zu jeder Zeit zu Verhandlungen bereit zu sein und eine Verhandlung an der Verhandlungsbereitschaft nicht hindern lassen zu wollen. Aus diesem Grunde müßte die Verhandlung eine neue Kommission bilden, die erachtet wird, alle weiteren Verhandlungen zu führen und hierzu den Herrn Ersten Bürgermeister in Anspruch zu setzen. Da die Sache zu einem anscheinenden Abhluß zu kommen, geloben sich die Arbeiter, nicht einzeln, sondern nur durch Verhandlungsbeschlüsse die Arbeit wieder aufzunehmen und mit allen gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß Geschäftsruhe nicht in dem Betrieb herbeigeführt.“ — Die Firma Jung & Dittmar und der Herr Vorsth traten demnach nach Salzungen zu bekommen oder die Forderungen nicht zu berücksichtigen. Es ist nicht daran, daß die Arbeiter wieder zu arbeiten wie im Jahre 1896 werden und zu Arbeit gelassen kommen. Wenn die 68 Schleifer und Polierer nach 70 akkordierten Arbeit nicht erlösches der Streik aufgehoben werden, so müssen sie auf die Sachlichkeit der Schleifer und Polierer Druck ausüben. Diese werden dafür gebeten, falls begründeter Ver-

dacht vorliegt, daß sie Streikarbeit für Jung & Dittmar in Salzungen anfertigen sollen, sofort ihre Bezirksleitung davon in Kenntnis zu setzen, damit nach genauer Prüfung der Sachlage auf eine Verweigerung der Anfertigung hingewirkt werden kann. Nach nunmehr fünfmonatigem Kampfe hat es weder Streikbrecher aus den eigenen Reihen noch von auswärts gegeben.

Schlafen a. Harz. Zur Beilegung des nun elf Wochen dauernden Lohnkampfes hatten sich die Streikenden an den Herrn Landrat des Kreises Goslar gewandt. Der Herr Landrat hat dem Ersuchen entsprochen, jedoch haben seine Bemühungen nur ein negatives Resultat ergeben, wie aus dem Inhalt des folgenden Schreibens hervorgeht, das er an die Bezirksleitung richtete: „In Verfolg unserer neulichen Besprechung teile ich Ihnen mit, daß Herr Direktor Kömer sich auf Vergleichsverhandlungen, die darauf abzuheln, die Gesamtheit oder die große Mehrzahl der streikenden Arbeiter der Fabrik Dippe wieder einzustellen, einzulassen nicht mehr in der Lage befindet, weil der Bedarf an Arbeitskräften in der Fabrik im wesentlichen bereits gedeckt ist, und es ihm überdies anstehen würde, die eben engagierten Arbeiter zugunsten der Streikenden zu entlassen. Das würde jedoch nicht hindern, daß einer beschränkten Anzahl der Außenstehenden bei baldigem Ansuchen Gelegenheit zur Arbeit in der Fabrik noch gegeben werden könnte.“ Bei der Berichtserstattung war man einmütig der Ansicht, daß unter diesen Umständen weitergeklämpft werden müsse, was auch in geheimer Abstimmung beschlossen wurde. Was nun die Befreiung der Fabrik mit Arbeitskräften betrifft, so kam man darüber nur lächeln angefaßt der Tatsache, daß Barbieri, Konditoren, Bäcker u. s. w. in einer Kesselschmiede und Eisenkonstruktionswerkstatt beschäftigt werden. Tatsache ist übrigens auch, daß die Direktion diese Rüstler selbst dahin wünscht, wo der Pfeifer wächst. Deshalb hat auch die neueste Kundgebung der Direktion es nicht vermocht, die noch vorhandenen 42 Streikenden wankelmütig zu machen. Wir ersuchen, den Zugang strengstens fernzuhalten!

Solzungen. Seit dem Übertritt der Lachsen- und Federmeßschleifer in den Deutschen Metallarbeiter-Verband hat die Organisation dieser Branche nennenswerte Fortschritte gemacht. Gleichzeitig ist ihr aber eine Reihe von Feinden entstanden, die sie vor dem nicht gehabt hat, wenn man auch nicht sagen kann, daß diese Feinde früher eine besondere Feindschaft gegen die Kollegen von der genannten Branche an den Tag gelegt haben. Neben den Unternehmern, die sehr wohl einsehen, daß sie nach dem Zusammenschluß der Arbeiter kein so leichtes Spiel mehr haben, gibt es aber noch Leute, denen es ein besonderes Vergnügen bereitet, die Arbeiter zu keiner Einigkeit kommen zu lassen. Dieses Verbrechen wurde noch besonders gefördert durch die Gründung des sogenannten Industriearbeiter-Verbandes für den Kreis Solzungen, bei dem die verschiedensten Herrschaften hinter den Kulissen Pate gestanden haben. Man sucht den Solzinger Arbeiter an seiner „verwandtschaftlichen“ Seite zu fassen, indem man seinem Sozialpatriotismus schmeichelt und ihm Konzessionen macht und eine Heße gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband betreibt, die geradezu beispiellos dasteht. Anstatt unter den Nichtorganisierten zu agitieren, versucht man, die Unzufriedenheit der Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes künstlich herbeizuführen, sie zum Austritt aufzuwecken, weil angeblich der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Interessen der Solzinger Arbeiter nicht wahrnehmen könne. Aus diesem Grunde hatte man auch für Montag den 9. September vom Industriearbeiter-Verband eine Versammlung der Lachsen- und Federmeßschleifer einberufen und dazu folgendes Zirkular verbreitet: „Berier Kollege! Der Metallarbeiter-Verband beantragt, eine neue blaugleiche Qualität in unserem Bezugsgebiet einzuführen. Um hierzu Stellung zu nehmen, werden Sie ersucht, in der am Montag den 9. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindenden Versammlung zu erscheinen. Mit Größt Die Branchenleitung der Lachsen- und Federmeßschleifer (Industrieverband).“ Die Versammlung hat auch stattgefunden; was dabei an neuer Hezerei herausgekommen ist, wissen wir allerdings noch nicht. Geheißten aber wollen wir, daß die Lachsen- und Federmeßschleifer, wie auch alle überbetretene Bereiche, selbstbestimmend auf ihre Berufsangelegenheiten einwirken, daß bisher der Kollege Wirk als Branchenführer in Gewerkschaft mit der gesamten Ortsverwaltung gehandelt hat und daß die Behauptung von der Einführung einer „neuen blaugleichen Qualität“ ein genau so gemeiner und ordinärer Schwindel ist, wie alle anderen Behauptungen, die sich die gewerkschaftliche Verlesung in Solzungen angelegen sein läßt. Auf die Verantwortung der Arbeiter kommen wir an anderer Stelle noch zurück. Bemerken wollen wir aber hier, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse davon ein Interesse hat, diesen Mann kassipullen, der die Arbeiter durch seine Behauptung dem Unternehmertum anlehert. Wichtig ist, daß die Gegenseite zu der hier genannten Versammlung auch die Leute eingeladen hatte, für die vom Deutschen Metallarbeiter-Verband feste Preise gefordert werden sollten. Die Kollegen im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind sich bemüht, daß ihre Löhne und ihre Preise nur dann eine Stabilität erfahren, wenn auch für die Arbeiter gefordert wird, die außerhalb des Rahmens der bisherigen Bezugspreise gearbeitet haben. Dazu gehören unter den Lachsen- und Federmeßschleifern die Kollegen, die an den Meßstellen arbeiten, die von einem geschulten Arbeiter, der einer weiteren Nacharbeit nicht bedürftig, die von den Kollegen außerhalb begreiflich zu machen, an der ordinärsten Rate tätig sind. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Kollegen an dieser Arbeit auch den anderen schaden können, wenn sie gemacht nicht organisiert sind und wenn für sie und ihre Arbeit nicht auch bestimmte Normen geschaffen werden. Wahrscheinlich planen aber die treibenden Kräfte, auch hier jenen Unterschied zu schaffen, der die eine Kategorie von Arbeitern dazu verdammt, als „Bären“ (Streikbrecher) heranzukommen, was die so schon bei den Federmeßschleifern geschehen ist. Wir haben leider schon zu viel Farnes durch die kapitalistische Produktionsordnung erhalten. Sollen wir jetzt die Zahl der Unzufriedenen und Ausgeschlossenen und Geschädigten vermindern? Die Federmeßschleifer haben alle Ursache, ihre Forderungen zu erhalten und denen die Löhne zu wehren, die — wie Beweise vorliegen — mit jenen Elementen haushalten, die der Arbeiterchaft heranzuziehen in den Rücken fallen. Wer einmütig war an die gemeinsame Agitation, die im Langenberg mit dem Häuptling der Geiben, dem Meßschleifergewerkschaftler Köhrig, unterzeichnet, jenes Manne, der im Kontor bei Senfens die Zeitung ansah, die (nichtarbeitenden) Leute zu „Selben“ zu machen. Wenn jemand in Solzungen die Begriffe auf den Kopf gestellt worden sind, so heute. Die Fertigkeit der Arbeiterklasse, das Organ der gemeinsamen Interessen, hat die Sprache verloren, es macht noch nicht einmal den Versuch, solche Schabereden festzusetzen. Ja es liegt den Leuten auf dem Herzen, die im Industrieverband sich eine Spitze gegeben haben, die in solcher Weise demagogisch wirken, und, was noch schlimmer ist: nicht besseres Rufen werden unsere Kollegen von der Behörde noch heranzuziehen, um diesen Kräfte einen Gefallen zu tun. Kollegen! Lasst euch in der angesprochenen Situation nicht verblenden, jetzt auch die Leute an, die jetzt eine Rolle spielen, und jetzt auch die an, die vor Jahren noch erlassen als „von den Arbeitern gewählte Stabskommande“. Das ist die mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben wollen.“ Gebt ihr zwischen diesen zwei Möglichkeiten? Die Augen auf, Kollegen! Seht aus der Vergangenheit eine Zukunft selber begehren.

Stuttgart. Unserer Leserfreunde in Nr. 34 der Metallarbeiter-Zeitung, des Gefasels und die Namen, sowohl sie mit dem angeblichen Vermerkswort in Zusammenhang setzen, zu nennen, ist das Organ des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes nachkommener, so daß es erachtet wird, die Verantwortliche der „Christlichen“ einer Prüfung zu unterziehen. Das Resultat ist für die Christlichen ein ganz klägliches. Zunächst ist es, daß in der gewerkschaftlichen Überlieferung der Streit der Christlichen Organisationen zu sein übertritten ist. Der eine der angeblich Übergeleiteten, Karl Meiß, arbeitet in dem Geschäft seit 10 Jahren dieses Jahres, war bei seinem Arbeitsantritt schon seit 10 Jahren dieses Jahres Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, jedoch nicht durch Übertritt, sondern Rest hatte sich nicht anzuerkennen lassen. Der andere, Raffay Bed, ist ebenfalls nicht übergetreten, sondern hat durch Anschließen eines Unzufriedenen seinen Eintritt am 15. Juli dieses Jahres erklärt. Zweifelt er also selbst, daß keiner zum Übertritt gezwungen

worden ist, es also eine direkte Lüge war, wenn geschrieben wurde, daß nach erfolgter Bearbeitung nach roter Manier sowie durch Anbrohung der Broktsmachung der Übertritt erzwungen wurde. Daß die beiden aus Furcht, ihre Arbeit zu verlieren, sich zum Übertritt hätten zwingen lassen, ist also auf Grund der ersten Feststellungen ebenfalls unwahr. Nun zum dritten christlichen Schloffer, den „christlichen“ Märtyrer namens Josef Geiger, der mit Hilfe der angeblich gekaperten zwei Schloffer mit allen Mitteln umsonst zum Übertritt bewegen worden sein soll, dann aber infolge der Anbrohung der freigewerkschaftlich Organisierten, „wenn Geiger nicht übertritt oder entlassen werde, lies sie die Arbeit nieder“, tatsächlich entlassen worden sei. Daß auch dies direkt erlogen ist, sei durch folgende Beweise. Der Schloffermeister Eipper, der den freien Gewerkschaften keineswegs hold ist, war über den Schwindel in der „christlichen“ Organ empört und ermächtigt uns, folgende Erklärung zur Feststellung der Wahrheit zu veröffentlichen: „Erklärung. Unterzeichneter befragt hiermit, daß die Aufkündigung und Entlassung der beiden Schloffergehilfen Josef Geiger und Nürnbergerg infolge eines Auftrags an meine Frau am 26. Juli erfolgte. Der Auftrag wurde meiner Frau zuteil, bevor ich einer Operation wegen mich ins Spital begeben mußte. Gründe zu der Entlassung waren momentaner Mangel an Arbeit, bei der Entlassung kam nur in Betracht, daß die beiden Entlassenen die zuletzt eingestellten Leute waren. Andere Ursachen waren nicht maßgebend. Stuttgart, den 12. September 1907. H. Eipper, Schloffermeister, Schlofferstraße 6/8.“ — Es ist also Tatsache, daß am gleichen Tage mit dem „christlichen“ Organen ein Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Nürnbergerg, wegen momentanen Arbeitsmangels entlassen wurde. Wo Terrorismus also keine Spur, und deshalb ist es nicht notwendig einen Terrorismus wegzuleugnen oder Terroristen, die nicht vorhanden sind, zu verteidigen. Festgestellt ist aber, daß der Stuttgarter Korrespondent des „christlichen“ Metallarbeiter mit seinen Behauptungen von Anfang bis zu Ende gelogen hat. Wir zweifeln daran, ob die Redaktion oder der Korrespondent dieses Organs sich eüchlich sind, zuzugeben, daß man den Lesern des christlichen Organen direkte Unwahrheiten aufgetischt hat. Vor allem hätte der Stuttgarter Korrespondent alle Ursache, zu erklären, daß seine Darstellung der Sache von Anfang bis zu Ende erlogen ist. Die in die Praktiken der „Christlichen“ am hiesigen Orte ziemlich eingeweihten Kreise sind der Auffassung, daß durch solche Machinationen eine gewisse Person den Befähigungsnachweis zu erbringen versucht, daß sie für einen zu bestehenden Posten als bester Beamter des „christlichen“ Metallarbeiter-Verbandes die geeignetste sei. Wüßten nicht es wohl niemand, wenn diese Vermutungen sich eines Tages als richtig erweisen. In einem Punkte unterschreiben wir das, was der Stuttgarter Korrespondent meint: „Den christlichen Arbeitern mögen of solcher Vorkommnisse die Augen aufgehen“ und wir fügen hinzu damit sie zu der Erkenntnis kommen, daß in einer Organisation, wie der „christlichen“, wo ein Führer sich die Unwahrheiten fürnütlich aus den Fingern jagt, kein Platz ist für ehrliche Arbeiter, sondern daß die aufrichtigen und eifrigen Mitglieder aus dem christlichen Metallarbeiter-Verband austreten und sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anschließen müssen.

Stuttgart. Ein wichtiges Eldorado scheint die Metallwarenfabrik von A. Knecht in Cannstatt zu sein. Niedere Löhne sind dort bei größtmöglicher Ausnutzung der Arbeitskräfte üblich. Beschäftigt sind 45 männliche und 7 weibliche Personen. Von den männlichen sind 17 jugendliche Arbeiter. Außerdem beschäftigt die Firma noch 10 Lehrlinge. Zur Beaufsichtigung dieses großen Establishments sind bloß 5 Personen notwendig, ein fogenannter Betriebsleiter, zwei Vorarbeiter, ein Werkführer und ein Kontrolleur. In der Schleiferei, in der 5 Doppelböden stehen, an denen 8 Schleifer beschäftigt sind, ist nicht einmal ein Abzugskanal, geschweige denn ein Ventilator vorhanden. Zum Auffangen des Staubes dient ein Brett mit einem Lappen daran, das am Schleifbock befestigt wird. Ähnlich sieht es in der Metallbrückerlei aus. Die ganze Ventilation besteht aus einem Fenster, dessen einer Flügel nur zu einem Viertel geöffnet werden kann. Diefem schließt sich würdig die sonstige Einrichtung an. Auch wird der Lehrlingsausbildung ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Die Lehrlinge dürfen sogar in Akkord arbeiten, wobei sie aber nur die Hälfte des Akkordpreises erhalten, bei dem sehr oft ein gelernter Arbeiter kaum auf seinen niederen Tagelohn kommt. Daß unter diesen Umständen der Stundenlohn auch dementsprechend ist, liegt auf der Hand. Den Eltern kann nur der Rat gegeben werden, sich's ja reichlich zu überlegen, ehe sie ihre Kinder in einer derartigen Ausbildungsanstalt unterbringen. Den Arbeitern aber ist zu empfehlen, derartige Betriebe in ihrem eigenen Interesse zu meiden. Verwunderlich ist nur, daß die Gewerbeinspektion den Zustand in der Schleiferei duldet. Obwohl die Firma beliebt, sich den Mantel der Humanität umzuhängen, stand sie doch nicht an, einen Arbeiter nur aus dem Grunde auf die schwarze Liste zu setzen, weil er „Hezerei“ unter der Arbeiterchaft und „grobe Friedensörung“ begangen haben soll. Wörtlich lautet das famose, von ihr veranlaßte Schriftstück: „Verband Metallindustrieller Württembergs.“ Stuttgart, 4. Febr. 1907. Auf Antrag unseres Mitglieds Adolf Knecht & Cie., Metallwarenfabrik Cannstatt, ist der Reichsanwalt A. v. . . . geb. . . . wegen Hezerei unter der Arbeiterchaft und großer Friedensörung bis auf weiteres von der Wiedereinstellung auszuschließen. Verband Metallindustrieller Württembergs.“ — Daß der Metallindustriellen-Verband dazu die Hand Fehet, sollte man kaum für möglich halten, und doch ist dem so. Geholfen hat's freilich nichts, aber typisch ist es für die Firma Knecht. In jenen Kreisen mag man es ja für eine rechtliche Handlung halten, Arbeiter broilos zu machen, weil sie einer Organisation angehören und sich nicht widerstandslos beugen. Wenn also ein Fabrikpacha befiehlt, hat der Arbeiter zu gehorchen, andernfalls wird die Hungerpeitsche zur Anwendung gebracht, wie Figura zeigt. Wie würde die Unternehmerpresse darüber herfallen, wenn so etwas von uns geschähe wäre, wie würden da Staatsanwalt und Polizei mobil gemacht gegen die Arbeiterorganisationen. Aus dem Angeführten mögen die Arbeiter der Firma Knecht aber erkennen lernen, daß nur eine stramme Organisation in der Lage ist, für sie bessere Zustände zu schaffen.

Zuffingen. Am 11. September tagte im Kaiserhof in Zuffingen eine so zahlreich besuchte Versammlung der Arbeiter der chirurgischen Instrumentenindustrie, wie Zuffingen eine solche noch nicht gesehen hat. Die Tagesordnung lautete: „Die Antwort der Fabrikanten auf unsere Vorfrage, unter besonderer Berücksichtigung des Verhaltens der Firma Schweibach.“ Als Berichtserstatter war Kollege Lauterbach aus Stuttgart erschienen. Der Redner bemerkte, daß die eingegangenen Antworten wieder so recht deutlich bewiesen, wie hoch die Fabrikanten die Arbeiter der chirurgischen Instrumentenindustrie einschätzen. Dabei solle aber ohne weiteres gesagt werden, daß eine Reihe kleinerer Fabrikanten, soweit es nach Lage der Sache möglich war, den Arbeitern entgegenkommen zeigten. Dagegen hat es die Aktiengesellschaft für Feinmechanik (vormals Jetter & Scheerer) nicht für notwendig erachtet, den Arbeitern über deren Organisation eine Antwort zu geben. Von den beauftragten Vertretern der Organisation, den Bezirksleitern Böhler und Lauterbach, sei dagegen nichts unversucht gelassen worden, eine Verständigung herbeizuführen. Die beiden Bezirksleiter hätten am 29. August berichtet, mit Herrn Kommerzienrat Scheerer und mit den übrigen Fabrikanten wegen der eingereichten Vorfrage Rücksprache zu nehmen. Es wurde aber den beiden Kollegen mitgeteilt, Herr Scheerer sei nicht da, sie sollten sich schriftlich an die Direktion wenden, dann würden sie Bescheid erhalten. Das ist geschehen, eine Antwort erfolgte aber nicht. Als er (Redner) am heutzigen Vormittag in Zuffingen ankam, habe er sich sofort zur Aktiengesellschaft begeben, um den Standpunkt der Direktion kennen zu lernen, er erhielt aber den Bescheid, der Herr Kommerzienrat habe jetzt keine Zeit und im übrigen sei man schon schriftlich Antwort gegangen. Die Bezirksleitung sei jedoch bis zur Stunde ohne jede Antwort. Schriftlich beantwortet hätten nur die Firmen Baisa, Lemel, Manz und Bus. Von diesen Firmen sei teils die neu- und neuemischaltende Arbeitseinstellung zugefahren worden und ebenso habe man Lohnforderungen in der Höhe von 20 und 10 Pf. pro Tag bewilligt. Nachmalige Verhandlungen im Laufe des Nachmittags ergaben, daß noch mehrere Firmen Zugeständnisse machten, es blüben nur die Firmen Aktien-

gesellschaft für Feinmechanik und Schweißhardt aus. Besonders die Firma Schweißhardt habe eine wenig würdige Rolle bei den bisherigen Verhandlungen gespielt. Als die Bezirksleiter Wörthler und Lauterbach am 29. August vorstellig waren, habe Herr Schweißhardt selbst den Vorschlag gemacht, daß es am zweckmäßigsten sei, zur Erzielung einer einheitlichen Grundlage gemeinsame Verhandlungen zu pflegen. Als aber von den Bezirksleitern ein diesbezügliches Schreiben an alle Unternehmer gefandt wurde, war Schweißhardt der erste, der alles aufbot, gemeinsame Verhandlungen zu hintertreiben. Ein solches Gebaren sei gegen Treu und Glauben und als unfair zu bezeichnen. Ebensovwenig hat Schweißhardt seinen Arbeitern gegenüber das geringste Zugeständnis gemacht. Der Stand der Dinge sei nun der, daß die kleinen und mittleren Fabrikanten den Arbeitern auf ihre beschiedenen Vorschläge nach Möglichkeit entgegengekommen seien, dagegen verhalte sich der größte Betrieb bis heute durchaus ablehnend. Um jedoch der Direktion der Aktiengesellschaft jede Möglichkeit der Ausrede zu nehmen, schlägt er (Redner) vor, daß in allen Betrieben, in denen bis heute den Arbeitern oder deren Vertretern Zusagen nicht gemacht wurden, in den nächsten Tagen Kommissionen der Arbeiter vorstellig werden sollen und dann werde man ja sehen, welchen Standpunkt die Herren einnehmen. Dagegen sei es notwendig, heute schon eine bestimmte Stellung zum Verhalten des Herrn Schweißhardt einzunehmen. Dessen Gebaren konnte nur den Zweck haben, jeden Versuch, die Lage der Arbeiter zu verbessern, zu hintertreiben. Um Herrn Schweißhardt zu zeigen, daß die Arbeiter sich nicht alles gefallen lassen, sei über die Firma Schweißhardt die Sperre zu verhängen und es hätten die Kollegen, soweit es ihnen möglich, den Schweißhardt'schen Betrieb zu verlassen, ebenso sei dafür zu sorgen, daß kein Kollege bei Schweißhardt in Arbeit tritt. Die wichtigste Aufgabe sei aber, die Organisation zu stärken, die bisher gleichgültigen Kollegen auszurüsten und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Der reiche Beifall der Versammelten bewies das Einverständnis mit den Ausführungen des Redners. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die zahlreich versammelten Arbeiter der chirurgischen Instrumentenindustrie nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem unschönen Gebaren des Herrn Schweißhardt während der Verhandlungen zur Durchführung der eingereichten Vorschläge. Die Versammelten erbliden in einer solchen Handlungsweise nichts anderes als den Versuch, den Arbeitern die Möglichkeit der Verbesserung ihrer Lage zu hintertreiben. Da außerdem Herr Schweißhardt seinen Arbeitern in keiner Weise entgegengekommen zeigte, beschließt die Versammlung, die Sperre über die Firma Schweißhardt zu verhängen. Die Versammelten erwarten, daß nicht nur kein Arbeiter bei Schweißhardt in Arbeit tritt, sondern daß, soweit es irgend möglich ist, heute bei Schweißhardt beschäftigten Arbeiter den Betrieb verlassen und anderwärts Arbeit suchen. Die Versammelten begrüßen es, daß eine Reihe von Arbeitgeber den Arbeitern entgegengekommen zeigten. In allen Betrieben, wo bis jetzt über die eingereichten Vorschläge nicht verhandelt worden ist, soll dies durch Kommissionen der Arbeiter nachgeholt werden.“ An den betreffenden Fabrikanten ist es nun, durch Bewilligung der beschiedenen Wünsche der Arbeiter eventuelle weitere Differenzen zu vermeiden. Die Stimmung der Versammelten kam zweifellos am besten dadurch zum Ausdruck, daß nahezu hundert Kollegen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beigetreten sind.

Zinngraber.

Köln a. Rh. Die Firma Orvit (Kunstgewerbliche Anstalt in Köln-Braunsfeld) sucht in verschiedenen Zeitungen das ganze Jahr hindurch Zinngraber. Wir können die Kollegen nicht genug davor warnen, hierher zu kommen. Die Firma ist groß im Versprechen. Trägt ein Kollege auf ein betriebliches Interat bei der Firma an, so wird ihm geschrieben, ein tüchtiger Zinngraber verdient hier 4 bis 6 Mk. pro Tag. Kommt dann der Kollege her, so stellt sich meistens heraus, daß er kaum 4 Mk., ja sogar nur 2 bis 3 Mk. pro Tag verdient. Löhne von 28, 32, 37 und 41 Mk. in 14 Tagen gehören nicht zu den Seltenheiten. Die Kollegen werden dann verhöhnt: „Ihr seid noch nicht eingearbeitet,“ oder: „Ihr müßt mehr arbeiten,“ oder: „Ihr seid keine tüchtigen Zinngraber.“ Wie sieht es nun mit den „eingearbeiteten“ aus? Von 20 Kollegen, die hier arbeiten, verdienen 2 Mann 6 Mk., circa 6 Mann 5 Mk. pro Tag, alle anderen verdienen unter 5 und 4 Mk., wie schon bemerkt worden ist. Man muß man bedenken, daß man in einer Stadt wie Köln, wo der Lebensunterhalt sehr teuer ist, sich bei derartigen Löhnen kaum satt essen kann. Bei normalem gleichmäßigen Arbeiten läßt sich ein Durchschnittslohn von 5 Mk. überaus nicht erreichen, außer auf Kosten der Gesundheit des Körpers. Auch die Behandlung durch den Betriebsleiter Weisenburger läßt vieles zu wünschen übrig. Dieser Herr füllt sich als unumgänglicher Herrscher. Einen Gruß schenken seiner Meinung nach die Arbeiter überhaupt nicht wert zu sein. Er strahlt sie höchstens an, wie man nicht einmal ein Stück Vieh ansprechen sollte. In einem Zuchtstall — wie der Betrieb auch genannt wird — kann es auch keine viel schlechtere Behandlung geben, als sie von diesem Vorgesetzten geübt wird. Wir warnen also jeden Kollegen, so lange die Verhältnisse so schlecht stehen, dringend davor, hier Arbeit anzunehmen.

Rundschau.

Anarcho-lokalistisches Scheinmährchen.

Die die Lokalisten den Essener Parteitag einschätzen, geht aus folgendem Zitat hervor, das wir der sogenannten Einigkeit (Nr. 36 vom 7. September 1907, Letztstück) entnehmen. Es heißt dort: „Wenn die Generalkommission (gemeint ist das von dieser herausgegebene Correspondenzblatt) weiter schreibt, daß die Lokalisten aus diesem Beschlusse (dem Beschlusse der deutschen Delegierten zum internationalen Kongress, die beiden lokalistischen Delegierten nicht zuzulassen, obwohl gerade von gewerkschaftlicher Seite aus taktischen Gründen die Zulassung befürwortet worden war) hoffentlich lernen, daß sie auf längere Nachsicht seitens der politischen Genossen nicht mehr zu rechnen haben, und daß der Parteitag in Essen das letzte Wort in dieser Angelegenheit spricht, wir also auf Grund obigen Beschlusses unsere Stellung aufzugeben hätten, so ist sie ganz gewaltig. Für unsere zukünftige Stellung in der Arbeiterbewegung kann dieser Beschlusse so wenig wie die Annullierung der Generalkommission und ihr ewiges Gefasel von Anarchos u. in Bezug auf uns, ausschlaggebend sein. Etwas anderes ist es allerdings mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses. Diese können, diese dürfen uns nicht gleichgültig sein. Diese Beschlüsse werden wir selbstverständlich einer Beratung unterziehen und unsere zukünftige Haltung wird ihnen angepaßt werden. Wir werden uns nicht außerhalb des Rahmens der internationalen sozialistischen Bewegung stellen, noch stellen lassen. — Wir kommen auf diese Materie in unserem nächsten Artikel eingehender zu sprechen.“

Der vorstehende Artikel erschien in Nr. 37 der Einigkeit vom 14. September. Man dürfte nun einigermassen gespannt sein, wie die Einigkeit sich mit einer Resolution abfindet, die 1. die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsorganisation befürwortet und 2. von den Gewerkschaften verlangt, daß sie sich in ihren Aktionen von sozialistischen, also nicht vom anarcho-sozialistischen oder anarcho-lokalistischen Seite leiten lassen. Die Resolution enthält demnach eine klare Abfolge an alle Sonderbündel im allgemeinen und an die lokalistische Sonderbündel im besonderen. Nichtsdestoweniger bringt es die Einigkeit fertig, zu schreiben, die Resolution bilde ein „bedeutendes Entgegenkommen zu ihrer Ansicht“. Ferner soll — nach der Einigkeit — die Begründung der Resolution auf dem Kongress durch unsere überkritischen Kollegen Beer „genau den Argumenten entsprechen haben, die die Lokalisten zur Begründung ihres Programms uns selbst führen“. Was hat nun Beer in Wirklichkeit gesagt? Man höre:

„Ich glaube, daß eine Verständigung zwischen Gewerkschaften und Partei am besten dadurch erzielt wird, wenn die Parteigenossen im Dienste der Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaften im Dienste der Partei aktiv stehen, wie es bei uns in Österreich der Fall

ist. Wir haben ohne alle Mißverständnisse seit jeher friedlich zusammengearbeitet, verbunden durch eine starke Personalunion. Vertrauensmänner der Gewerkschaften sitzen im Räte der Partei und umgekehrt. Dadurch ist jener so nothwendige Kontakt gegeben, der Mißverständnisse nicht aufkommen läßt und unfruchtbare Diskussionen vermeidet. Wenn aber irgendwo Diskussionen über Streitfragen zwischen Partei und Gewerkschaften in einem Lande notwendig werden, so sollen sie stets erfüllt sein von dem Geiste der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit. Durch persönliche Herabsetzungen werden die Persönlichkeiten und damit leicht auch die verschiedenen Richtungen einander entfremdet. Ich will nur ein Beispiel anführen. Im Anschluß an die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Generalstreik schrieb eine Genossin: „Tatsächlich war der Grundton, der aus den ganzen Generalstreikdebatten hervorlang, nicht die Erfahrung, sondern die Borniertheit, und sicher hat noch kein Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stattgefunden, auf dem die Borniertheit so stark hervorgetreten ist, wie in Köln: eine Selbstgefälligkeit, eine strahlende Selbstsicherheit und Borniertheit, die sich an sich selbst betauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben dünkt, welche sie gar nicht verstanden hat u. s. w.“ Ich begnüge mich demgegenüber mit der Feststellung, daß der Mannheimer Kongreß der deutschen Sozialdemokratie erklärt hat — dem Sinne nach —, es bestehe kein Unterschied zwischen dem Beschluß von Köln und dem von Jena. Es ist also kaum nützlich, so vorzeitig zu urteilen, wie es hier geschehen ist. Ich darf die Hoffnung aussprechen, daß in Zukunft solche Äußerungen unterbleiben. (Zustimmung.)“

Wir müßten lügen, wenn wir nicht zugeben wollten, daß die vom Genossen Beer zitierte Äußerung einer Genossin den deutschen Gewerkschaften unangenehm gewesen wäre. Dennoch aber erscheint diese Äußerung noch verhältnismäßig sanft, wenn man sie mit den Anschuldigungen vergleicht, die seit einer langen Reihe von Jahren zielstrebig von lokalistischer Seite gegen die Gewerkschaften verübt werden. Wenn der Genosse Beer von diesem Treiben der deutschen Lokalisten vollständig Kenntnis erlangt, wird er sich gewiß aufs schärfste gegen die Unterstellung verwahren, daß sowohl die Resolution als auch sein Referat der deutschen Lokalisten auch nur die geringste Konzession machen solle. Genosse Beer hat vollständig konform der Stellungnahme des Mannheimer Parteitag gesprochen, besonders in der Frage des politischen Massenkreises. Gegen den Mannheimer Parteitag wurde aber von lokalistischer Seite in unerwünschter Weise angefaßt, was sich an zahlreichen Beispielen aus der Einigkeit nachweisen läßt. Die Ausführungen der Einigkeit sind also ein Scheinmährchen, ein Taschenpielerkunststückchen plumpster Art, auf das der Essener Parteitag hoffentlich nicht hineinfallen wird. Wir bedauern sehr, daß es uns an Raum fehlt, auf weitere Einzelheiten einzugehen. Die auf dem Parteitag als Delegierte anwesenden Gewerkschaftler werden indessen genügend mit solchen aufwarten können.

Gewerkschaftliches.

Von der Zeitschrift für Gravure und Ziseleure wird am 21. September die letzte Nummer (27) erscheinen. Soweit zur Vertretung der Interessen der Gravure und Ziseleure die Fachpresse notwendig ist, hat dann die Metallarbeiter-Zeitung diese Funktionen zu übernehmen. Damit wird in möglichst ausgiebigem Maße geschehen kann, fordern wir unsere Kollegen von der Branche der Gravure und Ziseleure zu fleißiger Mitarbeit auf.

Lagerhalter und Umjährgrenze. Der Vorstand des Verbandes der Lagerhalter macht bekannt, daß er anlässlich einer Zuschrift des Sekretariats des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, in welcher angefragt wurde, ob er an der Forderung einer gleichen Bezahlung der Lagerhalter und Lagerhalterinnen und der Festlegung einer Umjährgrenze festhalte, beschlossene habe, auf diesen Forderungen zu beharren. An diesem Beschlusse nahm auch der Ausschuß teil. Mit diesem Beschlusse sind die Tarifverhandlungen des Verbandes mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, soweit sie einen allgemeinen Tarif für die letzteren angehörenden Vereine betreffen, gescheitert.

Aus den Unternehmervereinen.

Innungs- und Handwerkeritag. Vom 18. bis 20. August fand in Eisenach der dritte Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkeritag statt. Es waren über 700 Teilnehmer anwesend, darunter die obligaten Vertreter verschiedener Regierungen, die den Unternehmern für ihre Zusammenkünfte bekanntlich stets zur Verfügung stehen und eine Anzahl Reichstags- und Landtagsabgeordnete, namentlich solche, die sich mit Vorliebe als Mittelständler aufspielen. Wenn man die Tagesordnung für die beiden eigentlichen Verhandlungstage ansieht, die außer den Vergnügungen nicht weniger als 19 verschiedene Punkte aufweist, so sollte man meinen, es sei dort fürchterlich gearbeitet worden. Es wurden jedoch fast lauter solche Gegenstände behandelt, über die es unter den Teilnehmern keine großen Meinungsverschiedenheiten gab, da sie zum großen Teil alte Kratzer Schmerzen betrafen. Die Arbeiterchaft hat keine Veranlassung, dieser Tagung eine besondere Wichtigkeit beizumessen. Daß wir davon Notiz nehmen, geschieht nur, um zu zeigen, welcher „Geist“ noch immer bei einem Teile der „deutschen Handwerksmeister“ herrscht. Dieser trat besonders zutage bei dem Tagesordnungspunkt: „Die Schädigung durch die Lohnkämpfe und Maßnahmen dagegen.“ Referent war ein Dr. Westphal, Spudibus des Zentralverbandes Deutscher Väterinnungen. Er legte folgende Resolution vor: „Der Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkeritag erklärt unter voller Anerkennung des Grundgesetzes der Koalitionsfreiheit, daß gegenüber den zahlreichen Auswüchsen, wie sie in immer steigendem Maße bei den Lohnbewegungen durch Bedrohung und Mißhandlung Arbeitermilitier, durch Verurteilung und Boykottierung der Gewerbetreibenden zutage treten, eine Verjährung der gesetzlichen Bestimmungen notwendig ist. Ferner erklärt der Allgemeine Deutsche Innungs- und Handwerkeritag, daß die wachsende Macht der Gewerkschaften den engen Zusammenklus familialer Arbeitgeber unbedingt notwendig macht. Er empfiehlt deswegen dringend, auch im Handwerk die Gründung von Arbeitgeberverbänden, von Streik- und Konfliktlöschungsstellen nachdrücklich zu betreiben und durch das Zusammengehen mit den industriellen Arbeitgeberverbänden, wie es bereits im Verein Deutscher Arbeitgeberverbände verwirklicht ist, die Stellung der selbständigen Handwerker gegen das Andrängen der Gewerkschaften zu befestigen.“ Aber die elende Lüge, die der erste Satz dieser Resolution enthält, brauchen wir an dieser Stelle keine Worte zu verlieren. In der Diskussion wurde noch der Wunsch ausgedrückt, der Resolution einen Zusatz zu geben, wonach das Streikpostenstreichen verboten werden soll. Einige Redner risikierten es, ein Wort für Tarifverträge einzulegen, was den Referenten in seinem Schlusswort zu der heftigsten Bemerkung veranlaßte, die Tarifverträge in ihrer heutigen Gestalt seien vielfach eine „Schande ohne Ende“. Es versteht sich von selbst, daß die Resolution einstimmig angenommen wurde. An die übrigen Punkte der Tagesordnung einzugehen lohnt nicht die Mühe. Es sind die alten Klagefieber und Forderungen, die man schon so oft gehört hat, von denen ein Teil ohne Zweifel berechtigt ist (wie der Wunsch nach Sicherung der Bauhandwerkerforderungen), der größte Teil jedoch nur die alten innungs-krautartigen Utopien enthält.

Von der Kruppischen Pensionskasse.

Wie wir bereits in Nr. 36 berichteten, war es einem Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter gelang, vor dem Gewerbegericht in Friedersheim am 6. August ein Urteil zu erzielen, wodurch die Firma Krupp verpflichtet wurde, dem Kläger die von ihm in die Kruppische Pensionskasse bezahlten Beiträge zurückzuerhalten. Der Kläger ist nach Hirsch-Dunderschen Meldungen durch das Hirsch-Dundersche Arbeitersekretariat in Duisburg zu der Klage veranlaßt worden. Wie nicht anders zu erwarten ist, plant ob des günstigen Ausfalls der olle eheliche Regulator in Ennsüden und lößt folgende Jubelrufe aus: „Der Waan ist gebrochen, vom Gewerbeverein gebrochen, jener, wann, als es es unmöglich, gegen ein solches System der Pensionskassen vorgehen zu können. Zuerst Rote Erde, jetzt

Firma Krupp. Wahrlich! In dem großen Kampfe um die Emporhebung auch der Hüttenleute und Walzwerkarbeiter steht der deutsche Gewerbeverein der Maschinenbauer in erster Linie... Damit ist diesem jahrelang geübten System der Todesstoß versetzt... Das Vorgehen des Arbeitersekretariats der deutschen Gewerkschaften war eine erlösende Tat für die bei Krupp beschäftigten Arbeiter.“

Es hätte ja jeder begreiflich gefunden, wenn der Regulator sich des Erfolges vor dem Gewerbegericht zu Friedersheim freute und ihn nebenbei auch zur Reklame für die Hirsch-Dundersche benützt hätte. Die Hirsche brauchen ja die Reklame so notwendig wie das liebe Brot, um ihre Mitglieder und die übrigen Leute von der Sorte, die niemals alle wird, über ihren Mitgliederdünkel hinwegzutäuschen. Daß die Geschichte aber in einer solchen Weise aufgepußt und samt dem Reinfall bei der Rote Erde zu einem so ungeheuren Erfolg umgelogen wird, ist wieder einmal ein echter Hirsch-Dunderscher Schwindel. Im Interesse der bei Krupp beschäftigten Arbeiter wäre es wünschenswert, daß die Sache sich so verhielte, wie sie der Regulator in seinem Jubelartikel hinstellt. Der ist dies aber nicht der Fall, wie eine neuere Gewerbegerichtsverhandlung beweist, die am 9. September in Essen stattfand. Die Firma Krupp war von fünf Arbeitern verklagt worden auf Zurückzahlung von Pensionskassenbeiträgen in Summen von 10,55 Mk., 152,68 Mk., 30,39 Mk., 410,61 Mk. und 93,14 Mk. Zwei der Kläger wurden durch den christlichen Arbeitersekretär Hirtzfelder, einer durch unseren Kollegen Gemoll vertreten. Der Vertreter der Firma Krupp beantragte Abweisung der Klage, eventuell Aussetzung der Urteilsvollstreckung durch Sicherheitsleistung. Er hielt eine lange Rede über das Kapitaldeckungsverfahren bei der freiwilligen Invalidenversicherung und dem übrigen Versicherungsverfahren. Die Pensionskasse sei ein Bestandteil des vom Arbeiter angenommenen Arbeitsverhältnisses, da kein Arbeiter Anstellung finde, der sich nicht zum Eintritt in die Pensionskasse verpflichte.

Das Gewerbegericht erkannte auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, daß in der Bestimmung des Statutats, wonach mit dem Ausscheiden des Mitglieds aus dem Dienste der Firma Krupp alle Ansprüche an die Pensionskasse erlöschen, eine Härte und Unbilligkeit enthalten sei. Das bedeute aber noch keinen Verstoß gegen die guten Sitten (!). Wegen dieses Urteils haben die beiden Kläger, deren Forderung 100 Mk. übersteigt, sofort beim Landgericht Besetzung eingelegt. Auf die Begründung werden wir noch genauer eingehen, sobald sie uns im Wortlaut vorliegt. Wir gehen selbstverständlich den lebhaften Wunsch, daß die Berufung erfolgreich sein und ihr Teil mit dazu beitragen möge, daß der heuchlerische Wohlwärtigkeitswahn der Firma Krupp zerstört wird. Auf jeden Fall war aber der Jubel des Regulator sehr verfrüht und das Hirsch-Dundersche Arbeitersekretariat zu Duisburg hat vorläufig kein weiteres Verdienst an der Sache, als daß es einmal — eine Eichel gefunden hat.

Eine Neuerung der Firma Krupp.

Wie das Hirsch-Dundersche Tageblatt berichtet, hat die Aktiengesellschaft Friedr. Krupp in Essen das Leuchtelektroskop von Siesel bei Plettenberg erworben, um Versuche zur rationellen Erzeugung von Licht durch den elektrischen Strom wieder aufzunehmen. Das Werk Siesel wurde im Jahre 1904 von der in Werdohl begründeten Firma Deutsche elektrische Stahlwerke erbaut. Seit 1905 hat der Betrieb, an dem auch französische Fachleute beteiligt gewesen sind, geruht.

Lyneus der Idealist.

Dem traurigen Scharfmachtententuli, der in der sogenannten Arbeiter-Zeitung unter dem Pseudonym Lyneus sein Unwesen treibt, bieten der Internationale Sozialistische Kongreß in Stuttgart und der sozialdemokratische Parteitag in Essen natürlich willkommene Gelegenheit, sich bei seinen kapitalistischen „Brot- und Fleischherren“ ins beste Licht zu setzen. Zu Nr. 36 der Arbeiter-Zeitung (Seite 423 und 424) orakelt er folgendermaßen:

„Was gibt es denn, wofür der Deutsche sich begeistert? Für die Mehrzahl des Volkes sind materielle Interessen ausschlaggebend. Und die materialistische Geschichtsauffassung hängt mit diesem Materialismus doch nicht nur durch den Namen zusammen, sondern sie trägt die Verantwortung dafür, wenn die Menschheit, angeblich von der Beschaffenheit ihres Milieus abhängig, nicht mehr an die Pflege ihrer inneren Güter, sondern nur noch an die Vermehrung äußerlicher Besitztümer denkt. Das gilt sicherlich von weiten Kreisen der wohlhabenden Stände, es gilt aber in ausgiebigem Maße von der Arbeiterchaft, die sich erfreulicherweise zu einem großen Teil auch schon zu den Besitzenden rechnen darf, die aber, soweit sie im Banne der Sozialdemokratie steht, an höhere Interessen zu denken keine Zeit findet. Eine geradezu erschreckende Ode gähnt aus allen Kongressen der Sozialdemokratie, der organisierten Arbeiterchaft hervor. Mehr Lohn, weniger Arbeit, Streiktaktik, politischer Einfluß, nicht aus nationalen Gründen, sondern nur um einen fetteren Bissen zu erhaschen, das ist das ganze Programm, zu dem sich Millionen erwerbender Deutscher aufschwingen können! Ein trostloser, unfruchtbarer Materialismus, ein Raubmaterialismus, der dem Nachbar die Butter vom Brote nehmen möchte, und hinter der gleisnerischen Wüste sozialistischer Menschenfreundlichkeit den krassesten und widerlichsten Egoismus verbirgt. Da mögen in Stuttgart, Essen, Antwerpen oder sonst irgendwo die Delegierten des angeblich alle Kulturwerte schaffenden Standes zusammenkommen, man zeige uns ein einziges Referat, einen einzigen Lichtblick, in dem sich die Gedankenwelt dieser „Kulturpioniere“ über die Frage, über die größte Sinnlichkeit erhebt. Überall nur der Kampf um die Futterkrümpe! In Wacht ist der Kongreß der Trade-Unions zusammengetreten. Gaben, Gaben, Gaben! — Nur auf diesen Ton ist die ganze Melodie gestimmt.“

Zu diesem Ausbruch von Scharfmachtententuli bemerkt die Frankfurter Tagespost vom 9. September mit Recht: „Sinn flemig mehr Lohn — Raubmaterialismus! Wenn aber das Stoffsyndikat das deutsche Volk um Millionen brandsticht — so ist das Pflege innerer Güter. Streik in der Notwehr gegen die Übermacht des Kapitals — Raubmaterialismus! Auspörrung von Hunderttausenden im Interesse des Profits — nichts als Pflege innerer Güter! Kampf der Besitzlosen und Ausgebeuteten um politische Rechte — Raubmaterialismus! Beherrschung des Staates durch eine kleine Minderheit — Pflege innerer Güter! Streben nach menschenwürdigen Wohnungen — Raubmaterialismus! Steigerung des Bodens und der Mieten — Pflege innerer Güter.“

Wir wollen dem kümmerlichen Wurzeln, der in der Arbeiter-Zeitung das saubere Geschäft zu betreiben hat, die Arbeiterbewegung gewerkschaftlich zu verleunden, unter vielen Beispielen von der „vaterländischen Gesinnung“ und dem „Idealismus“ des von den Scharfmachern gleichhimmeln Unternehmertums nur zwei unter die Nase halten. Als in der ersten Hälfte der neunziger Jahre im Reichstag über die Arbeiterchutzgesetze beraten wurde, drohte das Unternehmertum, in dem damals Stumm und Köller die erste Geige spielten, auszuwandern, wenn die von der Regierung eingebrachte, unzulängliche Vorlage Gesetz würde. Das ist nach Lyneus natürlich kein Raubmaterialismus. Und daß man in Unternehmertum schon ernstlich den Gedanken erwägt, chinesische Kulis in der deutschen Eisenindustrie zu verwenden (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 31, Seite 278), das geschieht nach Lyneus natürlich nur aus reinem Idealismus und keineswegs nur aus Appetit auf billige Arbeiterknochen. Dem Lyneus braucht um seine „Unfruchtbarkeit“ nicht bange zu sein. Er hat sich ein Schandmal gesetzt, das ihn lange überdauern wird.

Die Invalidenkarte als Urinabrief.

Der Vorwärts veröffentlicht folgendes vertrauliche Rundschreiben: „Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Aachen und Umgebung.“

An unsere Mitglieder! Aache, 28. August 1907. Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe des Stadt- und Landkreises Aachen findet daselbst seit dem 1. Juli dieses Jahres 5-2 Bauarbeiter ausständig. Wir erlauben ersehen,

Arbeiter aus dem Kreis der Bezirk bis auf weiteres nicht einzustellen und machen darauf aufmerksam, daß der Entwertungstempel der Zuzahlenscheine der in Kreisfeld freitenden Arbeiter mit der Nr. 41 versehen ist.

Hochachtungsvoll Der Vorstand. J. A. Feinr. J. Sieprath.

Diese Freiheit übersteigt alle Grenzen. In unverschämtester Weise sehen sich hier die Unternehmer über klare Gesetzesbestimmungen hinweg. Der Entwertungstempel darf laut Vorschrift des Bundesrats nichts anderes enthalten als das Datum, an dem die Marke entwertet worden ist (Beispiel: 13. 9. 07).

Gewerbegerichtliches.

Bezahlung von Fehlgeld. Der Farmer König klagte gegen die Firma Hartigswert, vormals Kühne & Co. in Dresden, wegen eines Lohnfehls von 22,50 Mk. In einem früheren Termin hatten sich die Parteien schon einmal auf einen Vergleich geeinigt.

Vom Ausland.

England.

Über den 40. britischen Trade Unionskongress, der am 2. September in Bath zusammentrat, liegen uns bis jetzt nur dürftige Zeitungsnachrichten vor, die zum Teil noch einander widersprechen. Ohne Zweifel hat diese Jahresversammlung eines großen Teiles der britischen Gewerkschaften mit der Zeit an Bedeutung verloren.

Der vorjährige Kongress hatte das parlamentarische Komitee der Gewerkschaften beantragt, eine Versöhnung zwischen den sogenannten liberalen Arbeitervertretern und dem im Unterhaus befindlichen Ausschuss der Arbeiterpartei (Labour Party) anzubahnen.

Am dem Beschlüssen des Kongresses ist die von dem Parlamentarischen Ausschuss betreffende Resolution erwähnenswert, worin den britischen Arbeitern, die sich dazu hergeben, die Interessen ihrer ausländischen Arbeitsbrüder zu vertreten, die Berechtigung der organisierten Arbeiterschaft zugesprochen wird.

Literarisches.

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

Von der Neuen Gesellschaft (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag, Berlin NW. 6, Charitéstraße 3, Preis für das Einzelheft 10 Pf., Probehefte kostenlos) ist soeben das 11. Heft des 5. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: August Müller: Wir müssen aus dem Turme heraus. — Heinrich Wehker: Die Preßkammer. — Professor August Forst: Alkoholfrage und Arbeiterbewegung. — Dr. Arnold Goldschmidt: Alkoholfrage und Sozialdemokratie. — Gewerkschaftliche Umschau. — Max Geyth: Der blinde Passagier (Schluß). — Glossen.

Sozialistische Monatshefte, herausgegeben von Dr. J. Bloch. Das Septemberheft enthält folgendes: Otto Hue: Zum sozialdemokratischen Parteitag in Gießen. — Wilhelm Kolb: Von Dresden bis Gießen. — Eduard Bernstein: Bildung, Wissenschaft und Partei. — Max Schippel: Nationalitäts- und sozialer Revisionismus. — Engelbert Bernerstorfer: Zu Hoffe gehen? — Adolph v. Elm: Wollendung schon im Anjahrladium? Utopie! — Robert Schmidt: Positive Arbeit. — Richard Calwer: Zur Frage der Budgetbewilligung. — Wilhelm Schröder: Unsere Presse. — Dr. Hoppe-Briggs: Wladimir Lenin: Seine Pädagogik. — Simon Kapfenstein: Die deutsche Sozialdemokratie und die Alkoholfrage. — Dr. Robert Michels: Luigi Dneti, ein Materialist. — Dr. Albert Südekum: Wanderbibliothek. Eine Anregung zur Arbeiterbildung. — Rundschau. — Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 1,50 Mk. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, auf jeder Postanstalt, bei allen Kolporturen sowie direkt durch den Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Potsdamerstraße 121, Berlin W. 35. (Zufendung unter Kreuzband oder in geschlossenen Kuvert.) Probehefte stehen jederzeit auf Verlangen unentgeltlich zur Verfügung.

Die Paritätsgemeiner der Neuen Welt zeigt diesmal Gießen und das Ruhrrevier. An landwirtschaftlichen Sehenswürdigkeiten und historischen Denkmälern bietet die Städte des heutigen Parteitages bekanntlich nur wenig, dafür aber desto mehr des Typischen, wie es den modern-kapitalistischen Industriegebieten anhaftet. So werden wir denn in das Reich der Schöten und in die Welt rasch emporgeschleppt, Fabrikstädte geführt, wo in enger Arbeit ein hundert zusammengezwängtes Proletariat dem Großkapital tagelang tagaus tagenlang Knechtschaft. In einer Reihe gut ausgeführter Bilder wird uns Gießen und sein Fabrikleben vor Augen geführt. Wir sehen die Arbeiter durch rasige Straßen zu ihren Betrieben eilen. Vergleute werden uns am Eingang zur Feste gezeigt. Vom Parteitagslokal, von der Knechtanlage des Kruppischen Gusstahlfabrikates, von der Arbeiterkolonie Altenhof finden wir Anhaltspunkte u. i. w. Aus dem fertigen Teil der Nummer haben wir die Artikel: „Gießen und das Ruhrgebiet“ hervor.

Sozialdemokratie und Schule. Von Heinrich Schulz. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf. Die Schrift ist in der Hauptsache die Niedergabe des Referats, das der Verfasser, bekanntlich ein ehemaliger bremischer Lehrer, auf dem Mannheimer Parteitag zum Thema: Volkserziehung und Sozialdemokratie gehalten hat. Doch ist die vorliegende Ausgabe noch einmal sorgfältig überarbeitet und in vielen Punkten verbessert und durch Aufnahme neuerer Materials ergänzt worden. Die Schrift ist zu beziehen vom Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, außerdem von sämtlichen Parteikolporturen.

Ein wissenschaftliches Organ der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. Die österreichische und polnische sozialdemokratische Partei besitzt schon seit Jahren neben den Tages- und Wochenblättern ein wissenschaftliches Organ. Die deutschen Sozialdemokraten Österreichs erheben bisher eine solche Zeitschrift, die vor allem der Verbesserung der ökonomischen österreichischen Fragen dient, denen die in der österreichischen Arbeiterbewegung bestehenden Zeitungsblätter nur selten Raum gewähren können. Die Genossen Otto Bauer, der Verfasser von „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“, Adolph Braun, sozialpolitischer Redakteur der Wiener Arbeiterzeitung, und Reichratsabgeordneter Karl Renner, der unter den Pseudonymen Rudolf Springer und D. R. Mayer bekannte Schriftsteller, haben sich vereinigt, ein solches populär-wissenschaftliches Organ herauszugeben. Es erscheint vom 1. Oktober an unter dem Titel: Der Kampf, Sozialdemokratische Monatschrift, Verlag und Verwaltung: G. Gummering, Wien VI., Mariahilferstraße 99. Das Blatt, das im Zusammenhang mit der Parteiverordnung und Gewerkschafts-kommunikation herausgegeben wird und an dem alle in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung beteiligten Vorwärtler der österreichischen Sozialdemokratie mitarbeiten werden, soll die kämpfende Arbeiterklasse Österreichs auf all ihre Sorgen begleiten und den Problemen der gewerkschaftlichen Kampfes und der sozialpolitischen Organisationsarbeit weniger Aufmerksamkeit schenken, als den großen Aufgaben des politischen und kulturellen Befreiungskampfes des Proletariats. Alle wissenschafts- und sozialpolitischen Fragen, die Probleme der demokratischen Umgestaltung des Staates und der Regelung der nationalen Selbstbestimmung im Staat sowohl wie in anderen Organisationen sollen von Sachkundigen besprochen werden. Eine Hauptaufgabe des Blattes soll es sein, den in der Agitation tätigen, allen geistig mitzubehalten und auf ihre Weiterbildung bedachten Genossen das wissenschaftliche Material für den Tageskampf zu liefern. Die Zeitschrift erscheint zu Beginn jeden Monats im Umfang von 48 Seiten. Die Nummer kostet 50 Heller, der Jahrgang 6 Kronen.

Verbands-anzeigen

- Samstag, 21. September: ... Sonntag, 22. September: ... Montag, 23. September: ... Dienstag, 24. September: ... Mittwoch, 25. September: ... Donnerstag, 26. September: ... Freitag, 27. September: ... Samstag, 28. September: ...

Geislingen, Kemptener Nr. 7, 1. Die Bibliothek befindet sich jetzt im Gasthaus zum „Frühlingsgarten“. Sie ist jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr geöffnet. Bibliothekar ist Kollege Georg Kolb. Geislingen (Welf.). Unsere Verwaltungen beabsichtigt zum 1. Nov. einen Beamten für Agitation und Bureau anzustellen. Bewerber müssen fünf Jahre Mitglied des Verbandes sein, rednerisch befähigt und in der Agitation erfahren sein. Da hier ein schwieriges Agitationsfeld ist, wird nur auf eine gute Kraft rechnet. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Delegierten, eventuell auch nach den der Münchener Generalversammlung. Bewerbungen sind bis zum 8. Okt. in verschlossenem Kuvert mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen an die Adresse: Herm. Müller, Geislingen, Kemptenerstr. 77, einzuliefern. Aus der Bewerbung muß die bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung sowie Alter und Mitgliedschaftsdauer zu ersehen sein. Göttingen. Die Kollegen, die ihre Pässe wechseln, haben dies auf dem Bureau zu melden. Die zu gereisten Kollegen, die hier in Arbeit zu treten beabsichtigen, haben dies ebenfalls auf dem Bureau zu melden. Bewerbungen über Briefe, Briefe u. i. w. von solchen Kollegen, die vorstehendes nicht beachten, werden nicht berücksichtigt. Heidelberg. Zur Kenntnis, daß Reiseunterstützung nach wie vor in der Herberge Gasthaus zur guten Quelle, Kirchstraße 3, ausbezahlt wird. Köln. Das Bureau befindet sich Emmerichstraße 39 part. Sprechstunden: Montag 11 bis 1 Uhr und 5 bis 7 Uhr. Sonntags 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Unterstützungen nur Samstag 9 bis 11 Uhr. Solingen. (Formel). Sämtliche Kollegen, die arbeitslos werden, ihre Stellung wechseln wollen oder fremd hier zureisen, haben sich vor dem Umschau nach Arbeit hier auf dem Bureau zu melden. Mitgliedsbuch ist unter allen Umständen zur Stelle zu bringen. Stettin. Die Bibliothek befindet sich jetzt Bogengarten 7 p. Bücher werden an allen Bureauenden, außer Sonnabends, ausgegeben. Die reichhaltige Bibliothek wird unseren Kollegen zur regen Benutzung empfohlen. Gestorden. Chemnitz. Georg Kerschmar, Einarbeiter, 26 Jahre, Lungenerleid. Schönebeck. Hermann Wichtenfeld, Arbeiter, 34 Jahre, freitod. — Friedrich Mülle, Kupferer, 30 Jahre, Lungenerleid. Sebnitz i. Sa. Karl Hofmann, Klempner, 22 J., Rheumatismus. Straßburg i. E. Heinrich Eugène Kießböcker, Schlosser, 36 J., Koll. Gohl-Prellis. Friedrich Wahl, 50 Jahre, Folgen einer Operation.

Privat-Anzeigen.

Metallbrecher u. Metallschlosser werden sofort bei hohem Verdienst eingestellt. Julius Lutzmann, Metallwarenfabrik, Hof (Sachsen). 1067

Ein Fellenhauergerätschaften-Lamm sofort einzutreten bei 1054 A. Feger, Fellenhauerer, Malen.

Zu Anfang Oktober wird für die Karto-Hofkondensfabrik „Sambö“ bei Ködel i. M., e. G. m. u. H., ein erster Heizer u. Maschinenführer gesucht.

Ein tüchtiger Fellenhauergerätschaften, der selbständig arbeiten kann, sofort gesucht. G. Schueler, Fellenhauerer, Schwarzenberg i. E. 1056

Sieben erziehen und durch alle Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch den unterzeichneten Verlag zu beziehen.

Protokoll über die Verhandlungen der 8. ordentl. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in München abgehalten vom 20. bis 25. Mai 1907.

Preis für Verbandsmitglieder: brosch. 50 Pf., geb. 85 Pf. Durch den Buchhandel bezogen: broschiert 2,- Mk., gebunden 2,50 Mk. Versand bis 10 Exemplare erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie. Drucker und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 b.

Demnächst erscheint und ist durch alle Verwaltungen, Bevollmächtigten und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1908

Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder. Reichhaltiger Inhalt • Gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes • Eleganter Druck • Gediegene Ganzleinenbindung mit Cashe und Stiftohr.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungen 60 Pf. Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto. Versand bis 10 Exempl. erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrags. Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag Stuttgart, Rötterstraße 16 B.